

BILDUNG WISSENSCHAFT

AKTUELL

9/87

**Studiensituation und
studentische Orientierungen
an Universitäten
und Fachhochschulen**

BMBW

Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft
Referat Öffentlichkeitsarbeit

Postfach 200108

5300 Bonn 2

Studiensituation und studentische Orientierungen an Universitäten und Fachhochschulen

2. Erhebung zur Studiensituation im WS 1984/85

Kurzfassung

Durchgeführt im Rahmen der Arbeitsgruppe Hochschulforschung der Universität Konstanz
von Hansgert Peisert, Tino Bargel, Gerhild Framhein, Gerhard Lensing
unter Mitarbeit von Friederike Behringer, Reinhard Gawatz, Johann-Michael Gleich, Werner Lenke
im Auftrag des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

Bonn, 1987

Herausgegeben vom
Bundesminister für Bildung und Wissenschaft

Vorwort

Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft hat seit 1976 wiederholt thematisch sich ergänzende repräsentative Umfragen unter den Studenten gefördert. Diese Untersuchungen sind wichtige Grundlagen zur Formulierung und Weiterentwicklung der Hochschulpolitik und Hochschulplanung des Bundes, die auch den Ländern und den Hochschulen zur Verfügung stehen.

In diesem Rahmen haben Professor Hansgert Peisert und seine Konstanzer Arbeitsgruppe für Hochschulforschung seit 1982 im Auftrage des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft zwei Befragungen von Studenten unternommen. Die Ergebnisse der zweiten Befragung Anfang 1985 über Studiensituation und studentische Orientierungen werden hiermit vorgelegt.

Gegenüber der ersten Erhebung der Konstanzer Arbeitsgruppe aus dem Jahr 1982/83 wurde der Kreis der einbezogenen Hochschulen erheblich erweitert. Vor allem die Fachhochschulen wurden stärker berücksichtigt. Damit wurde Stellenwert und Bedeutung der Fachhochschulen in unserem Hochschulsystem, die alljährlich rund 30% aller Studienanfänger aufnehmen, Rechnung getragen. Dem Vergleich von Studenten an Universitäten und Studenten an Fachhochschulen wurde zudem besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Die Studie der Konstanzer Forschungsgruppe erhebt schwerpunktmäßig die auf die Wahl des Studiums und des Hochschulortes und die Studiensituation bezogenen motivationalen Tendenzen in der Studentenschaft. Sie gibt darüber hinaus wichtige Aufschlüsse über die gesellschaftlichen und politischen Wertorientierungen der Studenten.

So bietet die Studie eine Fülle von Material über die Studenten im Jahre 1985. Im einzelnen werden Hochschulzugang und Zusammensetzung der Studentenschaft untersucht. Bedingungen und Motive der Studienwahl werden abgefragt. Das Studium an Universitäten und Fachhochschulen wird aus der Sicht der Studenten miteinander verglichen. Leistungsstand und individuelle Förderung der Studenten im Studium werden dargestellt. Berufliche Vorstellungen und Einschätzungen der Berufsaussichten werden erhoben. Schließlich werden Orientierungen gegenüber Politik und Gesellschaft untersucht.

Im Vergleich zur ersten Erhebung sind die Befunde verhältnismäßig stabil. Deutlichere Aussagen über Veränderungen im Zeitvergleich, über Entwicklungen und Trends sind erst auf der Grundlage einer dritten Befragung während des Wintersemesters 1987/88 zu erwarten. Nur mit einer repräsentativen Dauerbeobachtung können letztlich Studien-, Arbeits- und Werthaltungen aufeinander folgender Studentengenerationen verlässlich interpretiert werden.

Insgesamt zeigt sich, was Motivation und Arbeitshaltung angeht, ein positives Bild der Studentenschaft, das durch Zielstrebigkeit, Leistungsbereitschaft und Realismus gekennzeichnet ist.

Alle hochschulpolitisch Verantwortlichen muß allerdings eines bedenken: bereits viele Studienanfänger planen die Dauer ihres Fachstudiums von vornherein so, daß sie die Regelstudienzeiten nicht einhalten können. Diesem Trend muß im Interesse der Studenten entgegen gearbeitet werden. Viele unserer Hochschulabsolventen treten zu spät in die Arbeitswelt ein. Das ist vor allem für sie selbst ein Nachteil. Gemeinsam mit dem Wissenschaftsrat setze ich mich für ein Universitätsstudium von „Vier Jahren plus“ ein. Die Daten dieser Untersuchung ermutigen mich, an dieser hochschulpolitischen Zielsetzung festzuhalten. Von einer großen Zahl der heutigen Studenten wird ein strukturiertes und effektives Studium gewünscht.

Herrn Professor Dr. Peisert und den an der Durchführung der Untersuchung und ihrer Auswertung beteiligten Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Konstanzer Arbeitsgruppe für Hochschulforschung spreche ich meinen Dank aus.



Jürgen W. Möllemann
Bundesminister für Bildung und Wissenschaft

Inhalt

1. Untersuchungsrahmen der Studentenbefragung im Wintersemester 1984/85	3
2. Zusammensetzung der Studentenschaft: wie sich das soziale Profil der Hochschularten und Fächergruppen unterscheidet	5
3. Übergang in die Hochschule: Unsicherheiten und Hindernisse bei der Studienentscheidung	9
4. Forschungsbeteiligung und Praxisbezug an Universitäten und Fachhochschulen	12
5. Studienorganisation, Studienintensität, Studiendauer: wird zu wenig und zu lange studiert?	15
6. Leistungsstand und Förderung im Studium	18
7. Beruf und Arbeitsmarkt: düstere Berufsaussichten beeinträchtigen das Studium	21
8. Politische Grundrichtungen: links und/oder demokratisch?	24
9. Aufgaben der studentischen Vertretungen und Vorstellungen zur Weiterentwicklung der Hochschulen	27
10. Alternative Orientierungen: die gespaltene Studentenschaft	31
Literatur	35

1. Untersuchungsrahmen der Studentenforschung im Wintersemester 1984/85

Im Wintersemester 1984/85 wurde von der Konstanzer Arbeitsgruppe Hochschulforschung zum zweiten Mal eine große Studentenforschung durchgeführt, an der sich rd. 10.000 Studenten an Universitäten und Fachhochschulen beteiligt haben. Ausgangspunkt und Zielsetzung dieses Forschungsprojekts sind darauf ausgerichtet, Entwicklungen und Veränderungen der Studiensituation, der studentischen Erfahrungen und Orientierungen in den 80er Jahren im zeitlichen Vergleich zu erfassen.

Über die eher materiellen Aspekte der Studiensituation, wie die wirtschaftliche und soziale Lage von Studenten, werden seit längerem regelmäßige Erhebungen durch das Deutsche Studentenwerk durchgeführt. Auch die Ausbildungsverläufe von Abiturienten und Studenten werden seit 1976 durch kontinuierlich stattfindende Untersuchungen der Hochschul-Informationssystem GmbH (HIS) begleitet. In Ergänzung und Arbeitsteilung zu diesen Studien beziehen sich die Erhebungen der Konstanzer Forschungsgruppe schwerpunktmäßig auf motivationale Tendenzen, die Lernsituation und das Studienverhalten sowie auf studienbezogene, berufliche und gesellschaftliche Orientierungen der Studierenden. Damit wird es möglich, die heutige Studentenschaft unter verschiedenen Aspekten zu „charakterisieren“ und auf Problemzonen der Hochschulausbildung aufgrund der Erfahrungen der Studierenden aufmerksam zu machen.

Das Informationsinteresse des Projekts „Entwicklung der Studiensituation“ richtet sich auf ein breites Themenspektrum, um damit möglichst viele wichtige Aspekte der Studiensituation zu berücksichtigen. Das Themenspektrum läßt sich in sechs Bereiche gliedern:

1. Hochschulzugang und Studienvoraussetzungen,
2. Fachstudium und Studienverhalten,
3. Studentische Lebensform und soziale Situation,
4. Orientierungen gegenüber Wissenschaft und Hochschule,
5. Orientierungen gegenüber Beruf und sozialer Zukunft,
6. Orientierungen gegenüber Gesellschaft und Politik.

Das thematische Spektrum ist abgeleitet aus theoretischen Überlegungen zu den Sozialisations- und Qualifikationsprozessen an der Hochschule. Es berücksichtigt und integriert die bisherigen Erfahrungen der Konstanzer Untersuchungen zur Hochschulsozialisation wie auch die Befunde älterer und aktueller Studentenforschungen; und es versucht, die absehbaren Problemfelder der Hochschulentwicklung, so wie sie sich in der öffentlich und fachwissenschaftlich geführten Diskussion darstellen, einzubeziehen.

Das Konzept einer systematischen Informationsgewinnung über die Dynamik der Studiensituation in den 80er Jahren impliziert kontinuierlich durchzuführende Erhebungen. Sie werden in Form schriftlicher Querschnittbefragungen im Zwei-Jahres-Rhythmus durchgeführt. Ihre Vergleichbarkeit ist durch das in weiten Teilen deckungsgleiche Erhebungsinstrumentarium sowie durch den Bezug auf die gleichen Untersuchungseinheiten und ein gleichbleibendes Auswahlverfahren der Studierenden gewährleistet.

Die Basiserhebung im Wintersemester 1982/83 bezog sich in weitgehend repräsentativer Absicht zunächst auf Universitätsstudenten. Mit der Auswahl von acht wissenschaftlichen Hochschulen wurde versucht, die unterschiedlichen Gegebenheiten der gegenwärtigen Hochschullandschaft zu erfassen. Zum Vergleich wurden bereits in der ersten Befragung auch Studierende von zwei Fachhochschulen berücksichtigt. Um diesen Vergleich auf eine breitere Basis zu stellen, wurde in der zweiten Erhebung der Kreis der Fachhochschulen auf sechs Institutionen ausgedehnt, so daß Studierende an vierzehn Hochschulen befragt wurden: an den Universitäten Bochum, Frankfurt, Freiburg, Hamburg, München, der TU Berlin und Universität

Karlsruhe (TH), der Gesamthochschule Essen sowie den Fachhochschulen Coburg, Frankfurt, Hamburg, Kiel, Koblenz und München.

Ein wichtiges Ziel der Untersuchung besteht in der differenzierten, fachspezifischen Analyse studentischer Erfahrungen und Orientierungen in unterschiedlichen Hochschulkontexten und in verschiedenen Studienabschnitten (Semestern). Hierfür war eine Stichprobengröße von ca. 10.000 Befragten vorzusehen. Erfahrungsgemäß bewegen sich die Beteiligungsquoten an schriftlichen Befragungen des hier vorgesehenen Typus zwischen 40 und 45 Prozent. Es wurden daher ca. 22.000 Studierende angeschrieben. Von ihnen haben sich 10.038 (= 44,7 %) an der Befragung beteiligt.

Aus datenschutzrechtlichen Gründen wurden der Projektgruppe von den Hochschulen weder Namen noch Adressen der ausgewählten Studenten zur Verfügung gestellt. Die Erhebungunterlagen wurden von den Hochschulen im Januar 1985 direkt an die Studierenden versendet.

Abgesehen vom Standardprogramm der Fragestellungen werden bei den einzelnen Erhebungswellen und Berichten aktuelle Schwerpunkte berücksichtigt. Bei der ersten Befragung im Wintersemester 1982/83 galt dies den beiden Übergangsphasen von der Schule zur Hochschule und vom Studium in den Beruf, wobei einerseits die Studienvorbereitung durch die gymnasiale Oberstufe behandelt und andererseits den Belastungen und Folgen ungünstiger Berufsaussichten nachgegangen wurde (vgl. Bargel et al. 1984, Kap. 5—7 und 18—20). Da bei der zweiten Erhebung die Fachhochschulen mit fast einem Viertel der Befragten angemessen vertreten sind, wurde dem Vergleich von Studenten an Universitäten und Fachhochschulen besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Mit der inzwischen durchgeführten dritten Erhebung im Wintersemester 1986/87 soll in den nächsten Auswertungen dem Zeitvergleich besondere Beachtung geschenkt werden.

Die in diesem Kurzbericht dargestellten Befunde sind eine Auswahl aus dem ausführlichen Untersuchungsbericht der zweiten Erhebung, der im Herbst 1987 in der Reihe „Studien zu Bildung und Wissenschaft“ des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft veröffentlicht wird.

Den beteiligten Studenten, die sich der Mühe unterzogen haben, den ausführlichen Fragebogen zu bearbeiten, danken wir für ihre Bereitschaft mitzuwirken. Ebenso danken wir den Hochschulen, die die Erhebung mit einigem Aufwand unterstützt haben.

2. Zusammensetzung der Studentenschaft: wie sich das soziale Profil der Hochschularten und Fächergruppen unterscheidet

Die Vorstellungen über die Studentenschaft orientieren sich vielfach noch am klassischen Bild des jungen Studenten, der im Anschluß an eine geradlinige Gymnasialkarriere auf die Universität überwechselt. Darum ist es wichtig, die Frage zu stellen, in welchem Umfang in der heutigen Studentenschaft „neue“ und „nicht-traditionelle“ Studentengruppen vertreten sind, die vom alten Normalbild des jungen, vom Berufsleben unberührten Abiturienten abweichen, und in welchem Maße sie gegenwärtig das soziale Profil der Hochschularten und Fächergruppen prägen (vgl. Huber 1985).

Beim Zugang zur Universität dominiert weithin die allgemeine Hochschulreife (95 %) und der klassische Weg über das Gymnasium beziehungsweise die Oberstufe einer Gesamtschule oder das Fachgymnasium (91 %). Die Zugangswege zur Fachhochschule sind vielfältiger und seit den 70er Jahren erheblichen Veränderungen unterworfen. Noch 1975 kamen erst 13 Prozent der FH-Studenten aus dem Gymnasium; im Wintersemester 1984/85 sind 42 Prozent ehemalige Gymnasiasten, wobei nur 9 Prozent nicht das Abitur, sondern die Fachhochschulreife besitzen.

Universitätsstudenten mit vorgelagerter Berufsausbildung entsprechen nicht dem traditionellen Bild des „normalen“ Studenten. Die Vorgängerinstitutionen der seit 1969 entstandenen Fachhochschulen waren dagegen typischerweise Stätten der Weiterqualifikation nach einer berufspraktischen Erstausbildung. Diese unterschiedlichen Traditionen sind weiterhin erkennbar: Von den Universitätsstudenten hat nur etwa jeder zehnte, von den Fachhochschulstudenten aber jeder dritte vor Erwerb der Hochschulreife eine berufliche Ausbildung absolviert, Männer an Fachhochschulen doppelt so häufig wie Frauen (40 % : 21 %). Eine berufliche Ausbildung (meistenteils Lehre) nach Erwerb der Hochschulreife haben 7 Prozent der Universitäts- und 6 Prozent der Fachhochschulstudenten abgeschlossen.

Die Kombination von Lehre und Universitätsstudium gilt vielfach als neuartige Erscheinung, nachdem den Abiturienten nicht zuletzt wegen der akademischen Arbeitsmarktrisiken die „Studierneigung“ teilweise abhanden gekommen sei. In weiter gespannter Zeitperspektive ist jedoch darauf zu verweisen, daß die Kombination von beruflicher Ausbildung und Studium in den 50er Jahren sogar noch stärker verbreitet war als heute. Die Neigung von Abiturienten für eine Lehre ging erst während der 60er Jahre zurück, bevor sie Ende der 70er Jahre wieder Auftrieb erhielt.

Befragte mit der Kombination Lehre und Studium bewerten ihre vorgängige Ausbildung für sich selbst wie für ihre Berufsaussichten ganz überwiegend als nützlich (80 bis 90 %). Auch die übrigen Studenten, die diesen Weg nicht gegangen sind, schätzen zur guten Hälfte eine Berufsausbildung vor dem Studium prinzipiell positiv ein. Dies illustriert das starke Praxisinteresse der Studenten, das in der Beurteilung der Studienerfahrungen ebenfalls sehr deutlich zum Ausdruck kommt.

Die Unterschiede in der sozialen Zusammensetzung der Studentenschaft von Universitäten und Fachhochschulen lassen sich anhand von fünf Indikatoren zusammenfassend charakterisieren: Geschlecht, soziale Herkunft, Berufserfahrung vor dem Studium, Studienverlauf und Durchschnittsalter (vgl. Tabelle 1).

- Frauen sind, bedingt durch den Vorrang technischer Fächer, an Fachhochschulen seltener vertreten.
- Arbeiterkinder sind mit einem Viertel der Studenten an Fachhochschulen deutlich häufiger, Akademikerkinder mit nur 9 Prozent deutlich seltener anzutreffen als an Universitäten (mit 25 Prozent).

Tabelle 1 Soziales Profil der Fächergruppen														
Indikatoren	Universitäten						Fachhochschulen							
	Fächergruppen						Fächergruppen							
	Univer- sitäts- studien insgesamt (7.663) %	Sprach-/ Kultur- wiss. (1.583) %	Sozial- wiss./ Psych. (698) %	Rechts- wiss. (737) %	Wirt- schafts- wiss. (991) %	Medizin (857) %	Mathe./ Natur- wiss. (1.498) %	Ing. wiss. (1.070) %	sonstige Fach- richt. (148) %	Fachhoch- studien insgesamt (2.324) %	Sozial- wesen (265) %	Wirt- schafts- wiss. (332) %	Ing. wiss. (1.474) %	sonstige Fach- richt. (226) %
<u>Beschlecht</u> - Frauenanteil	36	(56)	(57)	37	24	38	29	10	40	26	(65)	29	15	45
<u>Soziale Herkunft</u> - Akademikerkinder - Arbeiterkinder	25 14	27 12	19 (18)	31 10	19 14	36 10	24 (18)	21 (18)	20 11	9 (25)	9 25	12 25	8 26	10 24
<u>Berufserfahrung vor Studienbeginn</u> - Ausbildung mit Abschluß vor der HS-Reife - Ausbildung mit Abschluß nach der HS-Reife - längere Berufstätigkeit (mind. 1 Jahr)	9 7 5	7 5 4	(18) 6 9	6 9 3	10 (16) 4	8 10 (10)	6 3 4	12 4 3	11 14 6	(35) 6 5	32 6 (10)	32 (11) 5	37 4 4	30 9 6
<u>Zusammen</u>	21	16	(33)	18	(30)	(28)	13	19	31	46	48	48	45	45
<u>Studienverlauf im Erststudium¹⁾</u> - Fachwechsler - Anteil der "älteren" Stu- denten im 1.-12.Fachsem. ²⁾ - Langzeitstudenten FH: 9.u.höheres Fachs. Uni: 13.u.höheres Fachs. <u>Zweit-/Aufbaustudium</u>	15 20 9 10	21 18 9 13	(26) (33) 9 (18)	8 16 8 7	15 22 5 6	18 (30) 7 6	12 13 (12) 8	10 17 (11) 6	16 34 5 12	6 (39) 11 2	8 44 12 3	5 39 10 3	6 39 11 1	9 35 13 3
<u>Durchschnittsalter</u>	24,5	24,8	(26,3)	24,2	23,8	25,0	23,8	23,9	24,9	24,0	(24,8)	23,7	23,9	24,4

1) Prozentangaben nur bezogen auf Studenten im Erststudium (ohne bisheriges Abschlußexamen).

2) Beginn des Fachstudiums mit 23 Jahren oder später.

Quelle: Konstanzer Studiensituation, WS 1984/85, Fr. 1, 11, 12, 51.1, 55, 109, 110, 115-117.

- Mehr als doppelt so viel Studenten an Fachhochschulen als an Universitäten haben vor dem Studium längere Zeit im Berufsleben gestanden (FH 46 %; Uni 21 %).
- Fachhochschulstudenten sind, trotz der kürzeren Studiendauer, im Durchschnitt kaum jünger als Universitätsstudenten, weil ein Großteil sein Fachstudium erst mit 23 Jahren oder älter begonnen hat (FH 39 %; Uni 20 %).

Einmal abgesehen von den Frauen sind an der „neuen“ Hochschulart der Fachhochschulen die „neuen“ Studentengruppen (nach Herkunft, Berufserfahrung und Alter) weitaus häufiger vertreten als an den Universitäten, obgleich im Vergleich zur Schülerschaft der Vorgängerinstitutionen der Fachhochschulen eine deutliche Annäherung der Zugangswege zu beiden Hochschularten stattgefunden hat.

Zwischen den Fächergruppen an den Fachhochschulen bestehen, abgesehen vom hohen Frauenanteil im Fach Sozialwesen, hinsichtlich der anderen Merkmale keine ausgeprägten Unterschiede. An den Universitäten sind die sozialen Profile der Fächergruppen viel unterschiedlicher. Die Spannweite ist am größten beim Frauenanteil mit 10 Prozent in den Ingenieurwissenschaften und 56 bzw. 57 Prozent in den Sprach-/Kultur- bzw. Sozialwissenschaften. Weniger groß ist die Fachselektivität nach sozialer Herkunft: Arbeiterkinder sind in allen Fächergruppen mit mindestens 10 Prozent vertreten, in den Ingenieur-, Natur- und Sozialwissenschaften mit 18 Prozent. Etwas größer ist die Spannweite für die Herkunft aus Akademikerfamilien: Sie reicht von 19 Prozent in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften bis 31 Prozent in Jura und 36 Prozent in der Medizin.

Auffällig sind die Unterschiede bezüglich der Berufserfahrung der Universitätsstudenten: nur 13 Prozent bei Studenten in Mathematik/Naturwissenschaften, aber 28, 30 und 33 Prozent in Medizin, Wirtschaftswissenschaften und Sozialwissenschaften. Ähnliches gilt für den Anteil älterer Studenten, die ihr Fachstudium erst mit 23 Jahren oder später begonnen haben.

Fachwechsler (nur auf Studenten im Erststudium bezogen) sind in den Rechtswissenschaften mit 8 Prozent vergleichsweise selten, in den Sozialwissenschaften mit 26 Prozent am häufigsten; der Anteil von „Langzeitstudenten“ mit mehr als sechs Jahren in ihrem Fachstudium reicht von 5 Prozent in den Wirtschaftswissenschaften bis 11 und 12 Prozent in den Ingenieur- und Naturwissenschaften. In einem Zweit- oder Aufbaustudium befinden sich in den meisten Fächergruppen 6 bis 7 Prozent, in den Sprach-/Kulturwissenschaften und den Sozialwissenschaften aber 13 bzw. 18 Prozent der Befragten.

Das Profil der Fächergruppe Sozialwissenschaften weicht in nahezu allen Indikatoren in besonders markanter Weise vom alten Normalbild der Studentenschaft ab; das Durchschnittsalter liegt mit 26,3 Jahren fast zwei Jahre über dem der Universitätsstudenten insgesamt. Damit erweisen sich die Sozialwissenschaften als besonderes Auffangbecken für Studenten, die ihre erste Ausbildungswahl revidieren oder erweitern wollen.

Der Gegentyp einer Fächergruppe, deren Profil durchgängig dem alten Normalbild der Studentenschaft entsprechen würde, läßt sich nicht in ähnlicher Prägnanz finden. Im Hinblick auf Alter und Berufserfahrung, auch auf die männliche Dominanz, repräsentiert am ehesten die Fächergruppe Mathematik/Naturwissenschaften einen solchen Gegentyp.

Insgesamt ist zu bilanzieren, daß die „neuen“ und „nicht-traditionellen“ Studenten, die vom alten Bild des jungen, ungebundenen Abiturienten ohne Berufserfahrung abweichen, in den einzelnen Fächergruppen in sehr unterschiedlicher Kombination auftreten. Allerdings ist ihr Anteil insgesamt so hoch, daß die Frage nach den Folgen dieser Veränderungen in der Zusammensetzung der Studentenschaft für Studienbedingungen und Studienverhalten verstärkte Aufmerksamkeit verdient.

Dies gilt ebenso für eine weitere Gruppe von „neuen“ Studenten, die sich durch ein unkonventionelles Studienmuster auszeichnen: Damit sind Studenten gemeint, die ganz bewußt ein längeres Studium und Unterbrechungen anvisieren, um nebenher einer Berufstätigkeit oder anderen Beschäftigungen nachzugehen — sei es aus Neigung, aus wirtschaftlicher Notwendigkeit oder wegen der unsicheren Berufsperspektiven nach dem Studium. Diese Studenten lassen sich als „Part-Time“-Studenten bezeichnen, weil sie die Hochschule nur teilweise nutzen, zeitlich weniger an ihr anzutreffen sind und das Studium für sie nicht Lebensmittelpunkt ist. An den deutschen Hochschulen mischt sich diese Studentengruppe mit neuartiger Beteiligungsform am Studium nahezu unbemerkt in die Studentenschaft, während sie in manch anderen Ländern ganz offiziell anerkannt und etabliert ist, sogar in der Hochschulstatistik ausgewiesen wird (vgl. OECD 1983).

3. Übergang in die Hochschule: Unsicherheiten und Hindernisse bei der Studienentscheidung

Nicht alle befragten Studenten waren auf ein Studium festgelegt, sondern befanden sich vor der Studienaufnahme teilweise in einer Situation des Abwägens und der Unsicherheit. Im Rückblick gibt die Hälfte der Universitätsstudenten an, für sie habe ein Studium von vornherein festgestanden und nochmals ein Drittel war sich ziemlich sicher. Aber mehr als ein Zehntel der Befragten war sich lange Zeit unsicher und vier Prozent sagen, sie hätten eigentlich nicht studieren wollen. Fachhochschulstudenten waren sich noch häufiger unsicher, ob sie ein Studium aufnehmen sollten, und zwar gilt dies für Fachhochschulstudenten mit Abitur oder Fachhochschulreife gleichermaßen (unsicher bzw. wollte eigentlich nicht studieren: FH-Studenten 27 %; Uni-Studenten 17 %).

Bei der Ausbildungsentscheidung üben die erreichten Schulnoten einen erheblichen Einfluß aus. Auch aus anderen Untersuchungen ist bekannt, daß die erreichten Schulnoten von den Abiturienten selbst als „quasi-objektives Kriterium“ im subjektiven Prozeß der Entscheidungsfindung herangezogen werden. Allerdings geschieht dies in selektiver Weise; denn Mädchen und Arbeiterkinder verzichten bei weniger guten Noten eher auf einen akademischen Ausbildungsweg (Stegmann 1980).

Studenten, die sehr gute Abiturnoten hatten, waren sich von vornherein sicher, daß sie an die Universität gehen würden. Demgegenüber war unter den schwächeren Abiturienten mit befriedigendem oder ausreichendem Abiturzeugnis rund ein Viertel unsicher oder wollte eigentlich gar nicht studieren. Ähnlich ist der Zusammenhang zwischen Notendurchschnitt und Sicherheit der Studienaufnahme bei FH-Studenten, die auf der Schule vergleichsweise etwas schlechtere Noten erhalten haben als die Universitätsstudenten.

Nach Fächergruppen bestehen gewisse Unterschiede in der Sicherheit hinsichtlich der Studienaufnahme; bei den angehenden Medizinern war sie besonders hoch (91 % Studium stand fest bzw. war ziemlich sicher), bei Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlern vergleichsweise niedrig (79 bzw. 76 %). In allen Fächergruppen wiederholt sich der Zusammenhang zwischen Sicherheit der Studienabsicht und Abiturnote; stets haben auch innerhalb der einzelnen Fächer diejenigen, die sich ihrer Entscheidung für ein Studium sicher waren, den besten Abiturnotendurchschnitt, jene die unsicher waren und Alternativen erwogen haben, den schwächsten.

Tatsächlich haben Abiturienten mit schwächeren Noten häufiger mit der Studienaufnahme gezögert. Von den Universitätsstudenten hat etwa ein Viertel der Befragten in den beiden unteren Notengruppen nach dem Abitur zunächst eine Ausbildung außerhalb der Hochschule abgeschlossen oder sonst irgendwie Erfahrungen in der Berufswelt gesammelt; in den beiden oberen Notengruppen nur 15 bzw. 8 Prozent. Diese Tendenz wird in den Numerus-clausus-Fächern dadurch verstärkt, daß hier umso eher Wartezeiten hingenommen werden müssen, je schlechter das Abiturzeugnis ausgefallen ist und mit zwischenzeitlicher Berufsausbildung bzw. Berufstätigkeit eine Aufwertung der Wartezeit erreicht werden kann.

Neben der eigenen Unsicherheit, welchen Ausbildungsweg man nach dem Schulabschluß einschlagen möchte, stellen die Studienplatzbeschränkungen weiterhin ein Hindernis für die Realisierung mancher Studienwünsche dar. Die ZVS-Betroffenheit kann sich auf die Wahl des Studienfaches (Auswahlverfahren) ebenso wie auf die Wahl des Studienortes beziehen (Ortsverteilungsverfahren). Hinzu kommen noch örtliche Zulassungsbeschränkungen, die von den Hochschulen zum Teil über die ZVS-Verfahren hinaus eingeführt wurden.

Universitätsstudenten sind in erheblich höherem Maße mit der ZVS in Berührung gekommen, da Fachhochschulstudiengänge nur in Hessen und Nordrhein-Westfalen in das ZVS-Verfahren einbezogen sind. Jeder sechste der befragten Universitätsstudenten hatte sich im Hinblick auf

das gewünschte Studienfach zuerst einmal erfolglos um einen Studienplatz bei der ZVS beworben: 11 Prozent erhielten zunächst einen ablehnenden Bescheid, fanden aber bis zum Zeitpunkt unserer Befragung Mittel und Wege, das gewünschte Fach doch noch zu studieren; 6 Prozent sind auf ein anderes Fach ausgewichen, das sie eigentlich nicht studieren wollten.

Bei weitem am stärksten betroffen von den Zulassungsrestriktionen sind erwartungsgemäß die Medizinstudenten; fast drei Fünftel von ihnen hatten zunächst eine Absage auf ihre Bewerbung bekommen. Dies verdeutlicht, warum gerade unter den Medizinstudenten so viele Spätanfänger sind, obwohl gerade sie ihrer Studienentscheidung besonders sicher waren und daher wohl kaum freiwillig Umwege vor dem Studium gemacht haben.

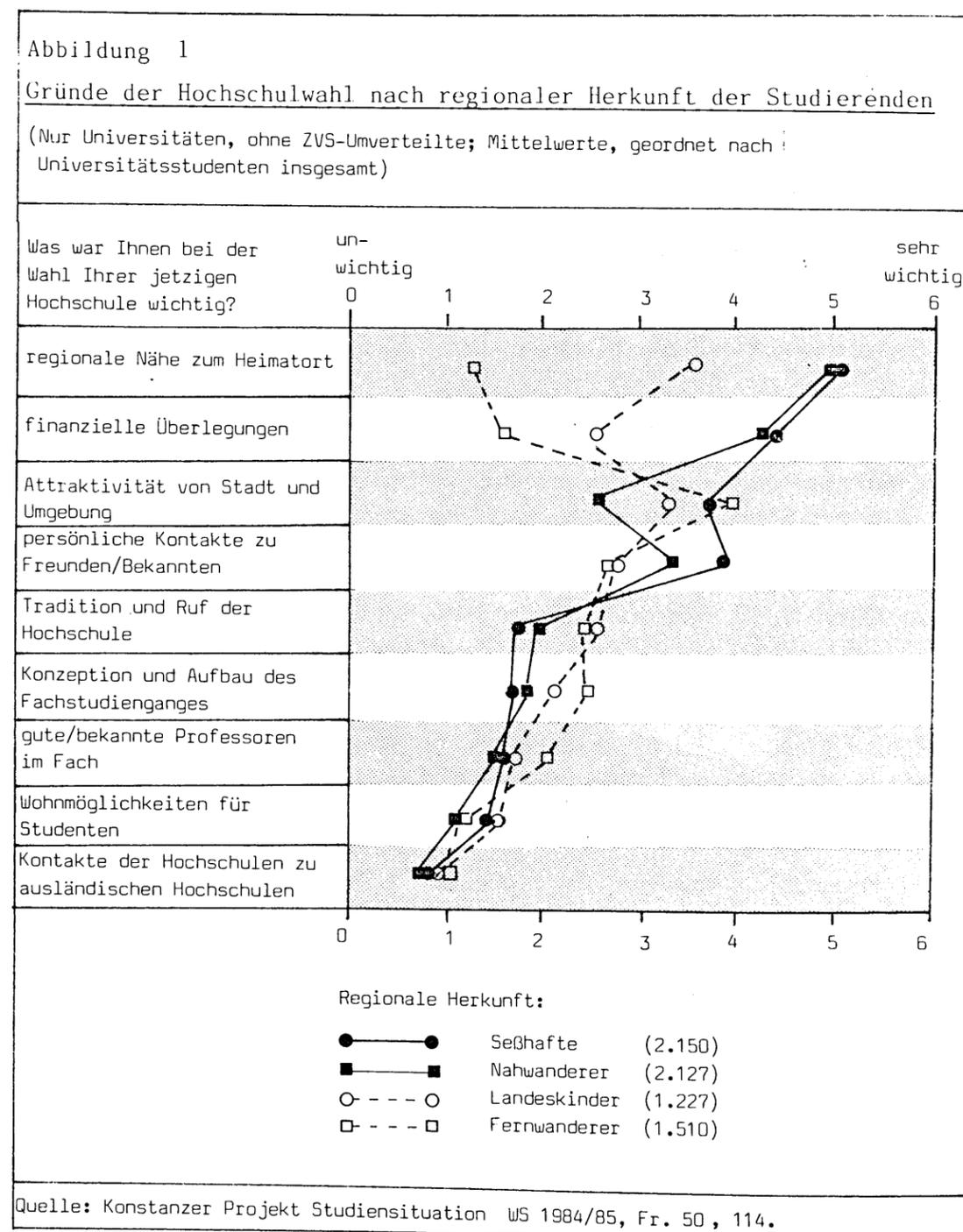
Mit großem Abstand folgen die Psychologen, sowie unter den Naturwissenschaftlern die Biologen. Unter den befragten Fachhochschulstudenten sind es vor allem jene im Fach Sozialwesen, die häufig einen ablehnenden Bescheid erhalten hatten.

Bei der Wahl der Hochschule bzw. des Hochschulortes ist die ZVS-Betroffenheit geringer. Zwar haben 45 Prozent der Universitätsstudenten ihren Studienort durch die ZVS zugewiesen bekommen, die meisten konnten jedoch an ihren genannten Wunschort vermittelt werden. Nur insgesamt 6 Prozent der Befragten an Universitäten studieren an einer Hochschule, die nicht ihrer ersten Wahl entsprach (und nur 1 Prozent der Befragten an den einbezogenen Fachhochschulen). Insgesamt gesehen ist die Verzerrung der individuellen Studienortpräferenzen durch die ZVS-Verteilungsverfahren daher nicht sehr erheblich.

Im allgemeinen bevorzugen die deutschen Studenten ganz überwiegend ein Studium an der ihrem Heimatort nächstgelegenen Hochschule (Framhein 1983). Im Bundesdurchschnitt besuchen drei Viertel aller Universitätsstudenten eine Hochschule ihres heimatlichen Bundeslandes. Unter den Gründen der Hochschulwahl steht dementsprechend bei den befragten Studenten die regionale Nähe zum Heimatort insgesamt gesehen an vorderster Stelle. Naturgemäß treten aber deutliche Unterschiede in den Motiven der Ortswahl auf, wenn man die Studenten nach ihrer regionalen Herkunft unterscheidet, wie es für die Universitätsstudenten in Abbildung 1 dargestellt ist.

Für die beiden Gruppen der ortsansässigen Studenten und der Nahwanderer aus dem 50-km-Umkreis war die regionale Nähe zum Heimatort, in Verbindung mit finanziellen Überlegungen, subjektiv das wichtigste Motiv bei der Wahl ihres Studienorts. Für alle vier Herkunftsgruppen folgen die Motive Attraktivität des Studienorts und persönliche Kontakte. Demgegenüber sind Tradition und Ruf der Hochschule ebenso wie akademische Motive, die den Fachstudiengang oder die Professoren betreffen, weit weniger wichtig; auch bei den „Fernwanderern“ sind solche Überlegungen nicht beherrschend. Damit erweist sich die Wahl der Universität vorwiegend von außerfachlichen und nichtakademischen Kriterien geprägt.

Im Vergleich der Hochschularten legen Fachhochschulstudenten bei ihrer Hochschulwahl weniger Wert auf orts- und personenbezogene Kriterien und orientieren sich etwas stärker am fachlichen Angebot, was auf das stärker differenzierte und spezialisierte Studienangebot der Fachhochschulen verweist.



4. Forschungsbeteiligung und Praxisbezug an Universitäten und Fachhochschulen

Mit dem Konzept der Forschungsbeteiligung verbindet sich die Tradition der Humboldtschen Universitätsidee und die Faszination der Prinzipien der „Einheit von Lehre und Forschung“ und der „Bildung durch Wissenschaft“. Das Konzept des Praxisbezuges entspricht in besonderer Weise dem eigenständigen Auftrag der Fachhochschulen, die ihren Schwerpunkt in anwendungsbezogenen Lehr- und Ausbildungsaufgaben haben sollen. Allerdings ist Praxisorientierung und Berufsbezogenheit des Studiums kein Monopol der Fachhochschulen, sondern ist ganz allgemein als „Hauptthema“ der Studienreformüberlegungen der 70er und 80er Jahre und aller Grundsatzdebatten über Situation und Aufgaben der Hochschulen anzusehen (Kluge/Neusel/Teichler 1981).

In den Erfahrungen und Wahrnehmungen der Studenten wird die unterschiedliche Gewichtung von Forschungsaufgaben und Praxisorientierung an den beiden Hochschularten erkennbar. Obwohl schon lange nicht mehr integraler Bestandteil des Studiums für alle Studenten ist der Forschungsbezug im Universitätsstudium nicht ganz verlorengegangen. Immerhin ein Zehntel der befragten Universitätsstudenten hat während seines bisherigen Studiums an einem Forschungsprojekt mitgearbeitet (FH-Studenten 2 %). Der Anteil der Studenten, die schon an Forschungsprojekten beteiligt waren, steigt erwartungsgemäß mit der Semesterzahl an. In den ersten drei Jahren des Fachstudiums bietet sich auch an Universitäten offensichtlich kaum Gelegenheit dafür; erst ab dem vierten Jahr ist eine merkbar steigende Forschungsbeteiligung festzustellen. Vor allem bietet sich diese Möglichkeit postgraduierten Studenten, die sich nach dem ersten Studienabschluß einem Aufbau- oder Promotionsstudium widmen.

Fachhochschulstudenten konstatieren sehr viel häufiger gute Berufsvorbereitung und engen Praxisbezug als Charakteristikum ihres Studiums als Universitätsstudenten, und sie sehen sich häufiger im Hinblick auf die Berufspraxis und praktische Fähigkeiten gefördert (FH-Studenten 30 % bzw. 20 %; Uni-Studenten unter 10 %; vgl. Tabelle 2 A).

Beide Studienkonzepte — Forschungsbeteiligung und Praxisbezug — haben für die Studenten beider Hochschularten einen sehr positiven Wert. Nahezu einhellig halten sie die Teilnahme an einem Forschungsprojekt und praktische Arbeitserfahrungen während des Studiums sowohl für die eigene persönliche und geistige Entwicklung wie auch zur Verbesserung ihrer Berufsaussichten für nützlich (vgl. Tabelle 2 B); nur eine Minderheit sieht solche Erfahrungen während des Studiums als weniger nützlich oder nachteilig an. Der solchermaßen doppelt erwartete ideelle und instrumentelle Nutzen macht die besondere Attraktivität für Studenten aus. Demgegenüber fällt bei einer Reihe von anderen Studienkonzepten die Beurteilung auseinander, weil sie entweder für die persönliche Entwicklung (z. B. schneller Studienabschluß, frühzeitige Spezialisierung), oder für die Berufsaussichten (z. B. Studium generale, hochschulpolitisches Engagement) weit weniger nützlich oder sogar nachteilig angesehen werden.

Ein erheblicher Teil der Studentenschaft sieht in Forschungsbeteiligung und Praxisorientierung nicht nur ein unverbindlich-positives Idealkonzept, sondern würde sich davon konkret eine Verbesserung der persönlichen Studiensituation versprechen. Entsprechend dem jeweiligen „Handikap“ der jetzigen Studiensituation, wird gewissermaßen zum Ausgleich an Fachhochschulen etwas häufiger mehr Forschungsbeteiligung und vor allem an Universitäten deutlich häufiger mehr Praxisbezug zur Verbesserung der Studiensituation als dringlich angesehen (vgl. Tabelle 2 C).

Der stärkere Praxisbezug im Fachhochschulstudium und der größere Praxiswunsch im Universitätsstudium bleiben in der Differenzierung nach Fächergruppen ein nahezu durchgängiges Unterscheidungsmerkmal zwischen den beiden Hochschularten. Doch sind vor diesem allgemeinen Bild Abstufungen und Besonderheiten anzumerken.

Forschungsbeteiligung und Praxisbezug	Universitäten (7.663) %	Fachhochschulen (2.324) %
Forschungsbeteiligung		
A. Bisherige Mitarbeit an Forschungsprojekten	10	2

B. Teilnahme an einem Forschungspraktikum/- projekt ist nützlich/sehr nützlich		
- für die eigene persönliche und geistige Entwicklung	83	85
- zur Verbesserung der Berufsaussichten	78	83

C. Mehr Beteiligungsmöglichkeiten an Forschungs- projekten ist zur Verbesserung der persönlichen Studiensituation dringlich		
- nicht (0-1)	16	12
- etwas (2-4)	46	45
- sehr (5-6)	38	43
Praxisbezug		
A. Hauptfach ist charakterisiert durch gute Berufs- vorbereitung/engen Praxisbezug:		
- nicht (0-1)	52	19
- etwas (2-4)	42	51
- stark (5-6)	6	30
Förderung von praktischen Fähigkeiten, Berufs-/ Praxisbezogenheit durch bisheriges Studium		
- nicht (0-1)	49	26
- etwas (2-4)	42	54
- stark (5-6)	9	20

B. Praktische Arbeitserfahrungen während des Stu- diums sind nützlich/sehr nützlich		
- für die eigene persönliche und geistige Entwicklung	92	91
- zur Verbesserung der Berufsaussichten	85	92

C. Stärkerer Praxisbezug des Studienganges ist zur Verbesserung der persönlichen Studiensituation dringlich:		
- nicht (0-1)	10	17
- etwas (2-4)	30	41
- sehr (5-6)	60	42
Quelle: Konstanzer Projekt Studiensituation WS 1984/85, Fr. 19.2, 19.6, 22.6, 52.4, 69.2, 73.4 und 73.11.		

Nach dem Anteil der Befragten, die für ihr Fachstudium ein völliges Fehlen von Praxisbezug und Berufsvorbereitung konstatieren, lassen sich zwischen den Fächergruppen fünf deutliche Abstufungen erkennen:

- In den Sprach- und Kulturwissenschaften, Sozialwissenschaften/Psychologie, Rechtswissenschaften sowie in der Humanmedizin meinen drei Fünftel der Studierenden, ihr Studium sei gar nicht durch guten Berufs-/Praxisbezug charakterisiert.
- Von den Wirtschaftswissenschaftlern (Uni) ist es die Hälfte.
- In Mathematik/Naturwissenschaften und Ingenieurwissenschaften (Uni) zwei Fünftel.
- Im Sozialwesen (FH) und von den FH-Ingenieuren ist es nurmehr ein Fünftel.
- In den FH-Wirtschaftswissenschaften nur noch ein Zehntel.

Betrachtet man neben der Charakterisierung des gegenwärtigen Praxisbezugs auch das Ausmaß der Praxiswünsche, dann zeigen sich im Vergleich der korrespondierenden Fächergruppen an Universitäten und Fachhochschulen besonders große Unterschiede in den Wirtschaftswissenschaften: Uni-Wirtschaftswissenschaftler wünschen sich zu zwei Drittel einen stärkeren Praxisbezug im Studium, FH-Wirtschaftswissenschaftler nur zu einem Drittel. In den Ingenieurwissenschaften und im Vergleich Sozialwissenschaften/Sozialwesen liegen die Praxiswünsche bzw. die empfundenen Praxisdefizite der Studierenden beider Hochschularten in ihrem Umfang näher beisammen (Ingenieurwissenschaften 57 % : 43 %; Sozialwissenschaften/Sozialwesen 66 % : 50 %).

In der Bilanz von Aussagen und Wünschen der Studierenden ist wohl erkennbar, daß das Fachhochschulstudium durch den besonderen Auftrag des anwendungsorientierten Lehrangebots geprägt ist und mehr Praxisbezüge bietet als das Universitätsstudium. Gleichwohl bleiben selbst im Fachhochschulstudium noch in beträchtlichem Umfang Praxisbedürfnisse und -wünsche ungestillt. Es sind immerhin zwei Fünftel der Fachhochschulstudenten, die sich sehr dringlich einen stärkeren Praxisbezug ihres Studienganges wünschen (Uni-Studenten: drei Fünftel).

In diesem Zusammenhang ist bezeichnend, mit welcher großer Mehrheit die „Trennung von der Berufswelt“ als Nachteil des studentischen Lebens empfunden wird; einen Vorteil sieht darin nur etwa ein Zehntel der Studenten, ohne daß hierin wesentliche Unterschiede zwischen den Hochschularten und den Fächergruppen bestehen. Die Absonderung vom praktischen Leben und die isolierte Beschäftigung mit der reinen Wissenschaft, die „Einsamkeit“, die nach der neuhumanistischen Formel von „Einsamkeit und Freiheit“ das Universitätsstudium bestimmen sollte (vgl. Schelsky 1963, S. 99 ff.), erscheint den heutigen Studenten kaum erstrebenswert. In dieser Hinsicht beziehen die Studenten beider Hochschularten, auch die Universitätsstudenten, mit nur wenigen Ausnahmen eine deutliche Gegenposition zur klassischen Universitätsidee.

5. Studienorganisation, Studienintensität, Studiendauer: wird zu wenig und zu lange studiert?

Die Festgelegtheit und Regelungsdichte des Studiums stellt sich nach den Aussagen der Studenten in den verschiedenen Fächerbereichen extrem unterschiedlich dar. In den Geistes- und Sozialwissenschaften ist die Offenheit des Studiums immer noch so groß, daß nur gerade ein Drittel sein Studium als völlig oder überwiegend festgelegt bezeichnet, und umgekehrt fast ein Drittel nur geringe Vorgaben wahrnimmt.

Gegenüber diesen „weichen“ Fächern setzen sich im Mittelfeld die Rechts- und Wirtschaftswissenschaften und mit zunehmender Regelungsdichte die exakten Fächer der Natur- und Ingenieurwissenschaften ab. Davon unterscheiden sich nochmals die Mediziner, die nahezu einstimmig ihr Studium als weitgehend festgelegt und geregelt ansehen (96 %) und darin sogar noch die Studierenden an Fachhochschulen übertreffen (vgl. Abbildung 2).

Auch an Fachhochschulen gibt es allerdings zwischen dem Sozialwesen einerseits, dem Wirtschafts- und Ingenieurwesen andererseits eine erhebliche Variationsbreite der Regelungsdichte. Doch ist hervorzuheben, daß in den korrespondierenden Fächern, die an beiden Hochschularten vertreten sind (Sozialwissenschaften/Sozialwesen, Wirtschaftswissenschaften und Ingenieurwissenschaften), das Fachhochschulstudium von den betreffenden Studierenden jeweils als deutlich stärker durchstrukturiert, das Universitätsstudium als freier charakterisiert wird und insoweit alternative Studiengangmodelle zur Wahl stehen.

Wie stark das Studium als reguliert empfunden wird, hängt auch mit dem Zeitaufwand für das Studium zusammen. Beim studentischen Zeithaushalt läßt sich unterscheiden zwischen den Präsenzzeiten in Lehrveranstaltungen und dem Selbststudium zur Vor- und Nachbereitung von Lehrveranstaltungen, Ausarbeitung von Referaten, Prüfungsvorbereitung u. ä. Zu diesen studienbezogenen Tätigkeiten kommen für einen beträchtlichen Teil der Studenten noch Zeiten für Erwerbsarbeit hinzu, die der Studienfinanzierung dienen (Uni 51 %; FH 44 %).

Alles in allem genommen ist der Arbeitsalltag des „Durchschnittsstudenten“ (Präsenzstudium, Selbststudium und Erwerbstätigkeit zusammengenommen) etwa so lang oder länger wie bei einem normalen Berufstätigen. Er liegt an beiden Hochschularten gut über einer 40-Stunden-Woche.

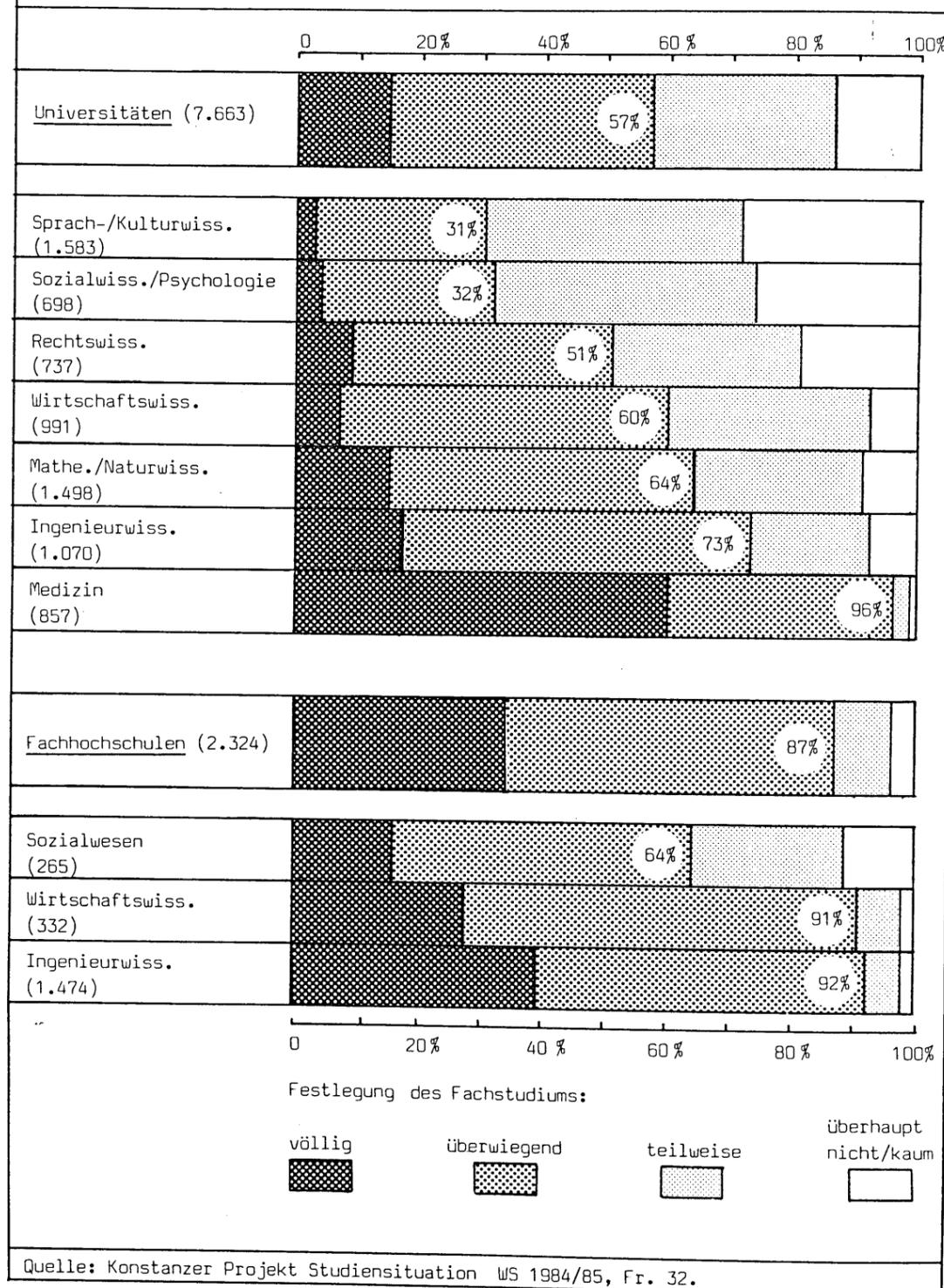
Hinter dem Durchschnittswert verbergen sich allerdings außerordentlich große Fachunterschiede. Das studienbezogene Zeitbudget (ohne Erwerbstätigkeit) variiert immerhin von 30 bis 46 Stunden in der Woche. Bei weitem am wenigsten Zeit widmen Sozialwissenschaftler und FH-Studenten im Fach Sozialwesen ihrem Studium (30 bis 31 Stunden); niedrig ist auch der Zeitaufwand in den Sprach- und Kulturwissenschaften (33 Stunden). Bei den Juristen steigt er auf 35, den Wirtschaftlern (Uni) auf 36, Ingenieuren (Uni) auf 38 und bei den Naturwissenschaftlern auf 39 Stunden. Am meisten Zeit setzen Mediziner (42 Stunden) und vor allem FH-Ingenieure (46 Stunden) während der Semesterwoche für ihr Studium ein.

Auch der Zeitaufwand für Studium und Erwerbstätigkeit zusammengenommen variiert noch erheblich: von 37 bzw. 38 Stunden im Sozialwesen und bei Sozialwissenschaftlern bis 47 bzw. 50 Stunden bei Medizinerinnen und den FH-Ingenieuren.

Angesichts ihres hohen zeitlichen Studienaufwandes ist es verständlich, daß Mediziner und FH-Ingenieure besonders häufig den Eindruck haben, das Studium ließe ihnen zu wenig Zeit für andere Dinge (etwa die Hälfte). Umgekehrt wird von den Studierenden der weniger zeitintensiven Fächer in den Sozial- und Geisteswissenschaften durchaus anerkannt, daß das Studium keinen übermäßigen Platz im eigenen Zeitbudget einnimmt und Muße für andere Aktivitäten zuläßt. Gleichzeitig charakterisieren sie das Leistungsklima und die Anforderungsstrukturen ihres Faches als vergleichsweise milde, ein Drittel fühlt sich sogar unterfordert.

Abbildung 2

Festgelegtheit des Fachstudiums durch Studienordnungen und Verlaufspläne nach Hochschulart und Fächergruppen



Im Durchschnitt rechnen die befragten Universitätsstudenten damit, ihr jetziges Studium nach insgesamt 11,8 Fachsemestern abzuschließen. Ihr Planungshorizont reicht damit recht nahe an die tatsächliche Fachstudiendauer von 12,2 Semestern heran, wie sie nach der Prüfungsstatistik für die Universitätsabsolventen 1984 ermittelt wurde.

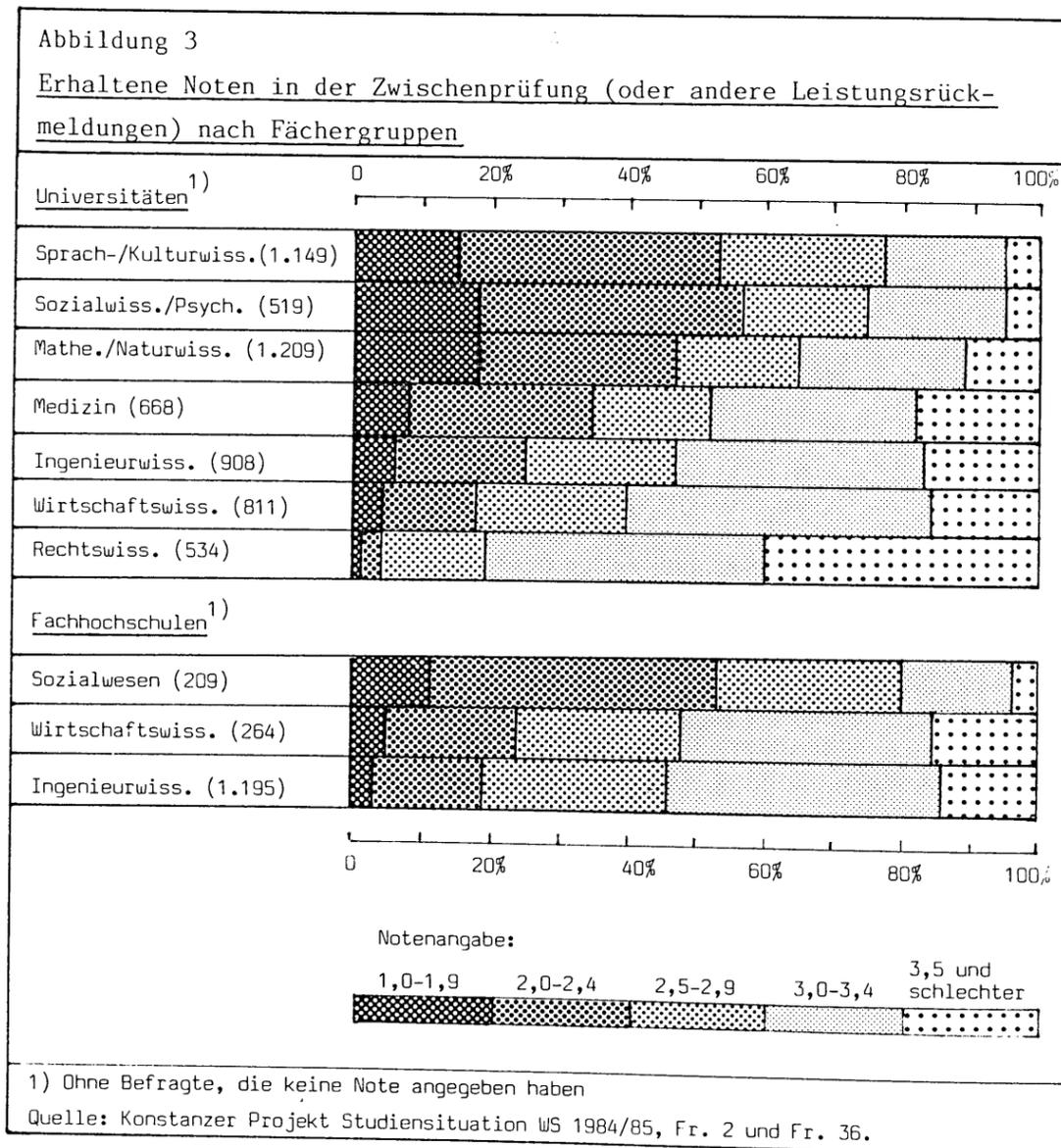
Die befragten Fachhochschulstudenten planen im Durchschnitt nach 8,6 Fachsemestern den Studienabschluß zu erreichen; das ist ein halbes Semester mehr als die Absolventen 1984 nach der Prüfungsstatistik benötigten. Dabei ist nicht auszuschließen, daß die Befragten teilweise auch ihre Praxissemester hinzugezählt haben, die offiziell nicht als Fachsemester gelten. Jedenfalls kalkuliert ein großer Teil der Studenten an Fachhochschulen von vornherein eine längere Fachstudienzeit ein, als es der Normvorstellung von 6 Fachsemestern entspricht, und zwar in den Wirtschafts- und Ingenieurwissenschaften häufiger als im Sozialwesen.

Bereits im ersten Studienjahr liegen die subjektiven „Planstudienzeiten“ in allen Fächergruppen an Universitäten und Fachhochschulen um einiges über den offiziellen Mindeststudienzeiten und den Planstudienzeiten, wie sie der Wissenschaftsrat (1986) mit dem Modell „vier plus“ (vier Jahre plus Prüfungszeit) empfohlen hat. Eher sind sie realistisch an der Förderungshöchstdauer nach BAföG orientiert, die den Verhältnissen an den Hochschulen eher entspricht. Im Verlauf des Studiums verschiebt sich der Horizont des Studienabschlusses weiter in die Ferne. Dazu trägt bei, daß ein erheblicher Teil der Studenten durch organisatorische Regelungen und nicht bestandene Klausuren etc. Zeit verliert (dies trifft für etwa ein Drittel der Befragten höherer Semester zu).

Über den Wert eines schnellen und zügigen Studiums sind die Studierenden sehr geteilter Meinung. Zwar wird allgemein anerkannt, daß sich dadurch die Berufsaussichten verbessern lassen; für die eigene Entwicklung sieht dies etwa die Hälfte jedoch als wenig förderlich an (mehr an Universitäten, weniger an Fachhochschulen). Dies hängt mit den weiter gehegten Idealvorstellungen zusammen, das Studium nicht als eng umgrenzte pragmatisch-fachwissenschaftliche Ausbildung zu absolvieren, sondern als weiter greifende Arbeits-, Bildungs- und Entwicklungsphase zu durchleben. Innerhalb der Fächer unterscheidet sich die Zeitplanung derer, die einen schnellen Abschluß anstreben, um ein bis zwei Semester von derjenigen ihrer daran weniger interessierten Kommilitonen.

6. Leistungsstand und Förderung im Studium

Leistung zu erbringen, zu fördern und zu beurteilen ist ein sehr vielschichtiger Vorgang. Die Haltung der Studierenden gegenüber Leistung und Anforderungen muß daher in ihrer konträren Spannung zwischen verschiedenen Stellungnahmen gewürdigt werden, will man ein zutreffendes Gesamtbild erhalten. So stehen die Studierenden zwar Leistung und Wettbewerb als gesellschaftlichen Ordnungsprinzipien wie als Leitlinien der Hochschulentwicklung überwiegend ablehnend oder zumindest mit Mißtrauen gegenüber, aber auf ihre eigene Leistungsorientierung und Anstrengungsbereitschaft schlägt das kaum durch. Zwar stöhnen viele unter den Anforderungen und dem Prüfungsstreß und haben ihre Schwierigkeiten damit, aber sie akzeptieren dies in überwiegender Mehrheit als zum Studium gehörig. Unter zehn Vorgaben zur Verbesserung der Studiensituation setzen sie jedenfalls die Verringerung der Leistungsanforderungen und des Prüfungsniveaus auf die letzten Plätze. Nicht unbedingt für weniger, als vielmehr für sinnvollere Leistungsanforderungen, d. h. für besser strukturierte, besser angeleitete und mehr praxisbezogene, plädieren sie in der Regel.



Leistungserbringung und Leistungszufriedenheit hängen in starkem Maße von den in den Fächern vorhandenen Bedingungen der Studienvorgaben und des Studienklimas ab. Aus dem Zusammenspiel von Anforderungshöhe, Gliederungsqualität des Studienablaufs, Praxis der Notenvergabe und Beziehungen zwischen Studierenden und Hochschullehrern ergeben sich zwischen den Fächern zum Teil extrem voneinander abweichende Arbeitskulturen.

- In den Sozialwissenschaften erfahren die Studierenden zumeist ein unstrukturiertes Anforderungsdefizit, wobei ihre Studienleistungen fast stets gut benotet werden. Dies führt zu vielfacher Unterforderung bei gleichzeitiger Desorientierung.
- Auf der anderen Seite stehen Ingenieurstudiengänge mit einer hochgradigen Verschulung und vielen Hürden; die Folgen sind Hetze, Einspannung, wenig Zeit zum Nachdenken und oftmals die Frage: ist das überhaupt studierbar?
- Wenig Strukturierungshilfen bei dennoch hohen Anforderungen sehen sich Jurastudenten gegenüber; zugleich vermittelt ihnen die einseitig strenge Notengebung wenig Orientierung über ihr Leistungsvermögen, zumal auch der betreuende Kontakt zu Hochschullehrern selten ist.

Ein derartiges Studienklima, eine solche Arbeitskulturre wie in den Sozialwissenschaften, den Ingenieurstudiengängen und in Jura erschwert, jede auf ihre Art, effiziente und sinnvolle Studienstrategien.

Auffällig sind die sehr großen Unterschiede in der Notengebung zwischen den Fächern. Sie reichen von den besonders strengen Noten in den Rechtswissenschaften, über die eher normal verteilte Notengebung in den Naturwissenschaften bis hin zu der allzu sanften Notenvergabe in manchen Fächern der Sozial- und Geisteswissenschaften (vgl. Abbildung 3).

Solche unterschiedlichen Beurteilungsstile und Konventionen durchziehen als Faktor des Leistungsklimas das ganze Studium (vgl. Hitpaß/Trosien 1987). Sie führen auf der einen Seite zu häufiger Leistungsunzufriedenheit und Demotivation wie in den Rechtswissenschaften, auf der anderen Seite zu einem eher orientierungslosen Arbeitsklima der Unterforderung wie in den Sozialwissenschaften.

Entsprechend den heterogenen Arbeitskulturen sind die Fachunterschiede in der Förderung der Leistungsbesten ebenfalls sehr groß, d. h. das Leistungsprinzip ist sehr unterschiedlich verwirklicht. Betrachtet man die studentische Förderung im Sinne der Kontakte zu Hochschullehrern, einer intensiven Betreuung, der Gewährung von Hilfskraft- und Tutorenstellen, der Stipendienvergabe, bis hin zur Übernahme in den Kreis des wissenschaftlichen Nachwuchses in Abhängigkeit vom Leistungsstand, dann tritt Überraschendes zutage: Die Förderung und Auswahl der Leistungsbesten, d. h. der 20 Besten von 100 in ihrem Fach, ist in den anforderungsschwachen, wenig strukturierten Fächern mit ihrem günstigeren Beziehungsklima und „sanften“ Noten insgesamt am ausgeprägtesten. Dagegen ist in Fächern mit ungünstigeren Kontaktverhältnissen, distanzierterem Umgang und Konkurrenz bei hohen Anforderungen und „strengen“ Noten die Wirkung der erbrachten Studienleistungen für eine Förderung geringer.

Konkret heißt dies: In den Sozialwissenschaften folgt aus sehr guten Studienleistungen viel häufiger eine besondere Förderung, dort wird am stärksten nach dem Leistungsprinzip verfahren. In den Wirtschaftswissenschaften und der Medizin wird die individuelle Leistung am seltensten mit entsprechender Förderung honoriert und die Leistungsbesten können sich dort viel weniger hervorheben.

Ungeachtet dieser fachspezifischen Unterschiede geschieht aber die Förderung der Studierenden insgesamt recht leistungsbezogen. Insofern haben die Leistungsbesten deutlich mehr vom Studium — und sie entwickeln ein günstigeres Bild ihrer Studienkompetenzen, wobei sie sich durch die Stetigkeit und Intensität ihres Arbeitens und ihre Selbständigkeit im Studium auszeichnen. Neben den großen fachlichen Unterschieden in ihrer Förderung ist allerdings ein zweiter kritischer Punkt hervorzuheben: Zu wenige der Leistungsbesten werden bislang durch die verschiedenen Förderungsmöglichkeiten erreicht. Der Defizit-Katalog erscheint beeindruckend: Selbst von den Leistungsbesten bleibt ein Drittel ohne Kontakt zu Professoren; 40 Prozent wären gerne Hilfskraft oder Tutor, ohne daß ihnen dies bislang ermöglicht wurde; ähnliche Defizite bestehen bei der Forschungsbeteiligung, die sich die Leistungsbesten überproportional wünschen. Die Ergebnisse sprechen dafür, die bestehenden Förderungsmöglichkeiten auszubauen, vor allem was die Betreuung durch Professoren, was Tutorien und Hilfskraftstellen sowie die Forschungsbeteiligung betrifft.

In der Regel äußern leistungsbessere Studenten und Studentinnen seltener Wünsche zur Verbesserung ihrer Studiensituation, aufgrund ihrer hohen Studienkompetenz und selbständigen Leistungsfähigkeit wenig verwunderlich. Mit zwei wichtigen Ausnahmen: etwas häufiger wünschen sie sich die Beteiligung an Forschungsprojekten und sie bekunden deutlich mehr Interesse an einer Stelle als Hilfskraft oder Tutor.

Bei Veranstaltungen mit besonderen Leistungsanforderungen zeigen die Leistungsbesten zwar auch etwas mehr Interesse, aber nicht in sehr auffälliger Weise, wie man bei der Art des Angebotes erwarten könnte. Ein erweitertes Angebot leistungs betonender Veranstaltungen würde vielmehr bei dem größten Teil der Studierenden auf eine entsprechende Nachfrage stoßen. Angesichts der verbreiteten Akzeptanz sind daher Kurse mit besonderem Anforderungsniveau nicht nur für bessere Studenten sinnvoll. Offensichtlich wenden sich viele Studierende nicht grundsätzlich gegen die Abhaltung solcher Kurse, sondern gegen den spezifischen „elitären“ Vorbehalt für die Leistungsspitze.

Im übrigen bleibt darauf hinzuweisen, daß viele Bedürfnisse nach Verbesserung der Studiensituation sich weniger nach dem Leistungsstand als nach der Fachzugehörigkeit richten, wie dies aufgrund der heterogenen Arbeitsbedingungen und Leistungsklimata nahe liegt. Insofern müßte, den Erfahrungen und Forderungen der Studierenden zufolge, eine Förderungspolitik zumindest ebenso fachspezifisch wie leistungsbezogen ansetzen.

Mit drei Verbesserungen wäre allen Studierenden, nahezu unabhängig von Leistungsstand und Fachzugehörigkeit, am meisten geholfen: häufiger Lehrveranstaltungen im kleineren Kreis, stärkerer Praxisbezug des Studienganges und intensivere Betreuung durch die Lehrenden.

7. Beruf und Arbeitsmarkt: düstere Berufsaussichten beeinträchtigen das Studium

Entsprechend der verschiedenartigen Verklammerung von Studium und Beruf bei der Studienfachwahl ist die Berufsentscheidung der Studierenden ganz unterschiedlich stark verfestigt. Universitätsstudenten wissen erst zu 27 Prozent, Fachhochschulstudenten zu 30 Prozent mit großer Sicherheit, welchen Beruf sie nach dem Studium ergreifen werden. Für einen recht großen Teil der Studierenden ist die Frage des späteren Berufs noch offen (Universitäten 31 %; Fachhochschulen 19 %).

Selbstverständlich nimmt an beiden Hochschularten mit zunehmender Semesterzahl die Festgelegtheit der Berufswahl zu. Aber selbst in den höheren Semestern hat jeweils nur ein gutes Drittel gesichert den anzustrebenden Beruf gefunden. Die Verhältnisse sind in allen Fächergruppen ähnlich, allein in der Medizin ist die berufliche Festgelegtheit sehr weit verbreitet, wohingegen Rechtswissenschaftler sie überproportional offen halten. Diese Unterschiede entsprechen den vorrangigen Kriterien der Studienwahl in diesen beiden Fächergruppen: für Mediziner der feste Berufswunsch, für Juristen die Vielfalt der Berufsmöglichkeiten.

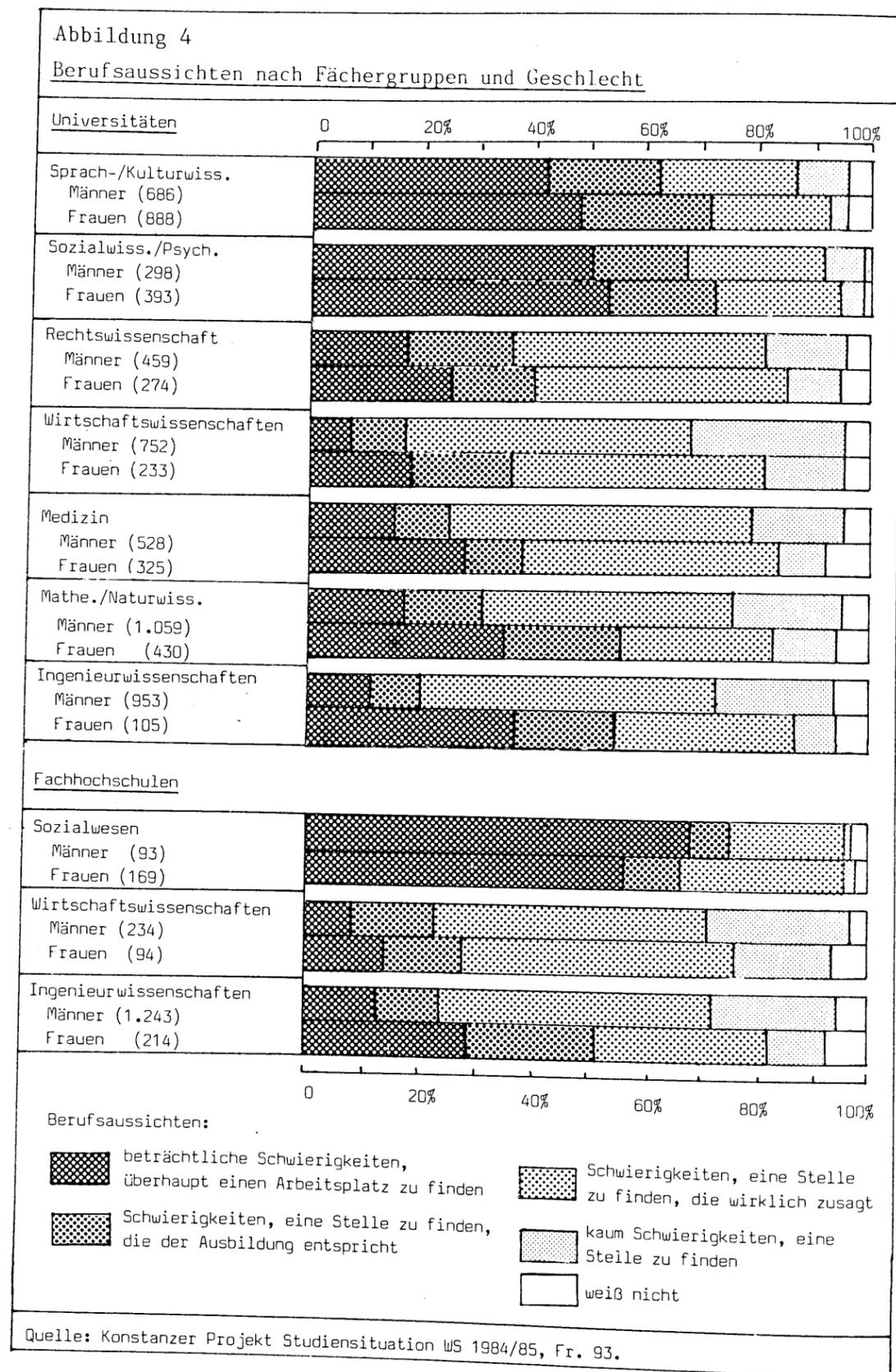
Unter den angestrebten Tätigkeitsbereichen setzen Studierende an Universitäten wie an Fachhochschulen am häufigsten auf eine Dauertätigkeit in der Privatwirtschaft oder auf Selbständigkeit (als Unternehmer oder Freiberufler). Der öffentliche Dienst steht nicht unbedingt im Vordergrund; vor allem der Schulbereich wird nicht mehr von vielen angestrebt (nur von 8 Prozent der Universitätsstudenten). Studierende an Fachhochschulen wollen noch häufiger in die Privatwirtschaft (vier von fünf); Universitätsstudenten überproportional in den Hochschulbereich. Eine Tätigkeit in alternativen Projekten erscheint jeweils jedem zehnten als eine attraktive Möglichkeit.

Für die verschiedenen Fächer gibt es traditionelle Schwerpunkte der späteren Tätigkeit. Sie sind am ausgeprägtesten für Mediziner, von denen 90 Prozent eine selbständige freiberufliche Tätigkeit anstreben. Für Wirtschaftswissenschaftler und Ingenieure an Universitäten wie Fachhochschulen stehen sowohl die Privatwirtschaft wie die Selbständigkeit gleichermaßen im Vordergrund. Für Juristen sind es der öffentliche Dienst und die Selbständigkeit.

Naturwissenschaftler und Geisteswissenschaftler wollen besonders häufig in den Hochschulbereich, Geistes- und Sozialwissenschaftler noch relativ häufig in den Schulbereich (dort jeweils jeder fünfte). Für Studierende in den Sozialwissenschaften an Universitäten wie im Sozialwesen an Fachhochschulen erweist sich außerdem der alternative Tätigkeitsbereich als besonders anziehend.

Bis Anfang der 80er Jahre war der öffentliche Dienst ein Hauptabnehmer für Hochschulabsolventen (vgl. Hegelheimer 1984). Mit den Einstellungseinschränkungen der öffentlichen Hand hat sich zugleich die Berufsfeldorientierung der Studierenden verschoben. Die Angaben zu den angestrebten Tätigkeitsbereichen machen deutlich, daß die Studierenden keineswegs mehr überwiegend oder einseitig in den Staatsdienst drängen. Die Bereitschaft zur Berufsaufnahme in der privaten Wirtschaft, als Selbständiger wie im alternativen Sektor läßt weder ein besonderes Sicherheitsstreben noch eine „Versorgungsmentalität“ erkennen.

Eine Abnahme der Wichtigkeit von Beruf und Arbeit ist nicht festzustellen. Studentinnen an Universitäten bewerten sie für sich sogar höher als ihre männlichen Kommilitonen. Unter den beruflichen Werten stehen nach wie vor Werte der Autonomie, des Gefordertseins, der Selbständigkeit, aber auch des Allgemeinwohles im Vordergrund. Wenig Bedeutung haben dagegen Karriere- und Statusansprüche an die Berufstätigkeit. Die Tendenz zur Anstrengungsvermeidung ist ausgesprochen selten. Im Vergleich zwischen Studentinnen und Studenten erweisen sich die Männer als eher materiell, die Frauen als eher sozial orientiert.



Eine wissenschaftliche Tätigkeit im späteren Beruf ist Frauen und Männern nahezu gleich wichtig; und fast ebenso häufig wie Männer wollen Frauen eine Promotion wie auch die Hochschullaufbahn anstreben. Jedoch verwirklichen Frauen, trotz gleichen Leistungsstandes, diese Absichten viel seltener. Bei den ersten Examen sind die Frauen noch entsprechend ihrem Anteil in der Studentenschaft mit fast zwei Fünftel vertreten; bei den Promotionen sinkt ihr Anteil dann auf knapp ein Fünftel. Der drastische Schwund kann mit Auswahlkriterien der Hochschulen ebenso wie mit lebensbiographischen Planungen der Frauen und dem Problem der Vereinbarkeit von Familie und Karriere zusammenhängen. Daher müßten bereits während des Studiums die Promotionswünsche von Frauen stärker gefördert werden. Denn ohne den Abbau dieser Benachteiligung beim Erwerb der Eintrittskarte zur Hochschullaufbahn dürften spätere Bemühungen nur sehr begrenzt zu einer höheren Zahl von Frauen unter Hochschullehrern führen.

Die Berufsaussichten für Hochschulabsolventen sind weiterhin alles in allem schlecht und haben sich in der Zeit zwischen 1983 und 1985 für die Studierenden nicht aufgehellt: Vier von zehn Studenten sind betroffen. Daß Fachhochschulstudenten optimistischer die beruflichen Zukunftschancen sehen, erweist sich als trügerisches Bild. Berücksichtigt man nämlich die fachliche Zusammensetzung, dann erscheinen den Fachhochschulstudenten ihre Berufsaussichten keineswegs günstiger. Frauen sehen in fast allen Fächergruppen pessimistischer in ihre berufliche Zukunft (vgl. Abbildung 4).

Auffällige Verschiebungen in Richtung schlechterer Berufsaussichten hat es gegenüber 1983 vor allem für Mediziner und Bauingenieure gegeben. Ansonsten sind die erheblichen Fachunterschiede ähnlich geblieben. In den Sprach- und Sozialwissenschaften ist die Lage am düstersten: etwa zwei Drittel erwarten hier beträchtliche Schwierigkeiten bei der Stellenfindung.

Die Belastung durch die schlechten Berufsaussichten hat sich in den letzten Jahren im subjektiven Empfinden der Studierenden sogar verstärkt. Der Druck steigt mit höherer Semesterzahl an, so daß zum Studieneende etwa ein Drittel sich dadurch sehr stark belastet fühlt, ein mittlerweile alarmierender Zustand. Schlechte Berufsaussichten werden zwar nach Fächern unterschiedlich häufig befürchtet, die Folgeprobleme sind für die Betroffenen jedoch stets die gleichen: Unsicherheit und Desorientierung, die Neigung zu Fachwechsel und Studienabbruch nehmen zu. Die Arbeitsmarktprobleme für Hochschulabsolventen steigern die Unklarheit, wie das Studium angelegt, durchgeführt und welche Schwerpunkte gesetzt werden sollen.

Die Probleme, die aus den unsicheren Berufsaussichten folgen, sind keineswegs in erster Linie aus ökonomischen Motiven gespeist. Zu finanziellen Einbußen, zu zusätzlichen Belastungen sind die Studierenden bei Arbeitsmarktschwierigkeiten durchaus bereit; darin erweisen sie sich als flexibel und belastbar (vgl. Schnitzer et al. 1986, S. 441—451). Weniger verwunden können sie die Enttäuschung, die im Studium erworbenen Qualifikationen nicht in einer der Ausbildung adäquaten Tätigkeit anwenden zu können. Damit geht die Befürchtung einher, sich nicht in einem autonomen Tätigkeitsrahmen verwirklichen zu können; gerade darauf sind aber die beruflichen Wertvorstellungen überwiegend ausgerichtet.

Die schlechten Berufsaussichten vieler Hochschulabsolventen sind nicht nur ein individuelles Problem der betroffenen Studierenden, sondern in gleicher Weise ein Hauptproblem der heutigen Hochschulen, denn sie behindern die Einbindung in die Hochschule und die Studienintensität. Sie tragen auch dazu bei, daß manche Studenten länger an der Hochschule bleiben als sie selber vorhatten, sei es, um sie notgedrungen als „Warteraum“ zu nutzen, sei es, um ihre Chancen durch weitere Qualifikation zu steigern.

8. Politische Grundrichtungen: links und/oder demokratisch?

Bei allen vorhandenen Mehrheiten und Übereinstimmungen, sind die politischen Haltungen und gesellschaftlichen Werte in der Studentenschaft bei vielen wichtigen Fragen so verschieden, zum Teil gegensätzlich, daß man praktisch nicht von einem einheitlichen politischen Meinungsbild der Studentenschaft sprechen kann. Sie sind weder durch politische Apathie zu kennzeichnen, eine schweigende Mehrheit gibt es nicht, noch lassen sie sich als „monolithisch links“ charakterisieren.

Das allgemeine politische Interesse ist wie eh und je unter den Studenten hoch. Berücksichtigt man allerdings verschiedene Felder der Politik und die Teilnahmebereitschaft, dann teilt sich die Studentenschaft: ein gutes Drittel gehört zum aktiveren Teil um den Kern der „Gladiatoren und Funktionäre“; zwei Fünftel sind als „Publikum“ zu verstehen, wobei dessen Rolle in der politischen Entwicklung nicht unterschätzt werden darf, denn es ist Resonanzboden einerseits, in spezifischen Konstellationen aktivierbar andererseits. Ein gutes Viertel der Studierenden ist eher als desinteressiert und passiv gegenüber politischen Vorgängen zu bezeichnen.

Auch hinsichtlich der politischen Beteiligung gibt es einige überwiegende Grundzüge: die Unzufriedenheit über die politischen Mitwirkungsmöglichkeiten ist weit verbreitet und Vorbehalte wie Mißtrauen gegenüber den politischen Handlungsträgern sind hoch. Gleichzeitig ist das politische Kompetenzbewußtsein stark ausgeprägt und von einem intensiven Verpflichtungsgefühl gegenüber dem politischen Geschehen und der Wahrung der Demokratie gestützt. Diese charakteristische Kombination bildet die Grundlage studentischer Reaktionsbereitschaft auf politische Vorgänge.

Ob diese sich als Protest artikuliert und in Protestaktionen äußert, darin ist die Studentenschaft allerdings wiederum gespalten: Ein Fünftel — immerhin eine große Zahl — ist grundsätzlich zu Protesten bereit; die Hälfte nur fallweise nach Prüfung der Vorgänge und Ziele; fast drei Zehntel wollen sich zu möglichen Protesten überhaupt nicht bewegen lassen. Demnach reicht die Spannweite des aktivierbaren Protestpotentials unter den Studenten vom Fünftel der „prinzipiellen Protestanten“ bis nahe zwei Drittel, je nachdem in welchem Umfang die „fallweise Protestbereiten“ hinzukommen. Dabei ist die „Gewaltbereitschaft“ im engeren Sinne selten und hat weiter nachgelassen; jedoch werden Aktionen mit nötigendem Charakter weniger als „Gewalt“ empfunden und von größeren Anteilen, wenn auch nicht grundsätzlich, so doch in besonderen Fällen, akzeptiert: der Boykott von Lehrveranstaltungen von 70 Prozent oder eine Institutsbesetzung von über zwei Fünftel.

Die Studierenden sowohl an Universitäten wie an Fachhochschulen ordnen ihren politischen Standort im Links-Rechts-Spektrum überwiegend als „links“ ein. Die politisch besonders interessierten, aktiven Universitätsstudenten haben häufiger eine eindeutig linke Grundeinstellung, insgesamt befinden sie sich aber mit ihren Haltungen und Vorstellungen nicht im Gegensatz zu den weniger aktiven Studierenden, sondern artikulieren sie pointierter und vertreten sie unterschiedener.

Die politische Haltung der Studenten über die Einordnung im Links-Rechts-Spektrum hinaus läßt sich durch ihr Votum hinsichtlich politischer Grundrichtungen und ihrer Präferenz verschiedener politischer Ziele genauer erfassen. Für Studierende haben gegenwärtig grün-alternative Positionen die größte Attraktivität: Fast zwei Fünftel an Universitäten und ein Drittel an Fachhochschulen stimmen damit überein; eine intensive Bindung liegt bei knapp einem Viertel vor. Vergleichsweise günstig schneidet auch die sozialdemokratische Grundrichtung ab, allerdings ist die Unterstützung weniger intensiv. Alle anderen Positionen fallen demgegenüber deutlich ab — auch christlich-konservative und liberale. Nur ganz wenige Studenten teilen kommunistisch-marxistische Positionen, und Anhänger national-konservativer Politik sind kaum vorhanden.

Daraus ist zu ersehen, daß auch „linke“ Studenten nur ganz selten mit kommunistischen Ideen übereinstimmen, häufiger aber bereit sind, sie zu tolerieren. Ebenso wenig wie für die Studenten daher „links“ und „kommunistisch“ gleichgesetzt werden kann, können „rechte“ Studenten als „national-konservativ“ bezeichnet werden; sie sind vielmehr „rechts“ in einem etabliert-konventionellen Sinne.

Im Zusammenhang damit ist darauf hinzuweisen, daß Studierende in ihrer großen Mehrheit den Ausbau der Kernenergie wie die Erhöhung der Verteidigungskraft ebenso vehement ablehnen wie die Festsetzung einer Einkommenshöchstgrenze oder die Enteignung von Unternehmen und Banken; bedeutungsvoll ist ihnen aber wirtschaftliche und soziale Stabilität und die demokratische Verfassung, wobei sie sich allerdings streiten, inwieweit sie verwirklicht ist und eingehalten wird. Jedenfalls verdeutlicht diese Zielkombination, daß das Engagement vieler Studenten in der Friedens- und Anti-Atomkraftbewegung weder Instabilität des ökonomischen

Tabelle 3					
Demokratische Einstellungen der Studierenden im zeitlichen Vergleich					
(Nur Universitäten)					
Aussagen zum politischen System	Ausmaß der Zustimmung ¹⁾				
	1968 (3.027) %	1975 (1.994) %	1979 (420) %	1983 (6.607) %	1985 (7.663) %
Die Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Interessengruppen und ihre Forderungen an die Regierung schaden dem Allgemeinwohl.	34	30	17	14	10
Der Bürger verliert das Recht zu Streiks und Demonstrationen, wenn er damit die öffentliche Ordnung gefährdet.	46	40	29	26	24
In jeder demokratischen Gesellschaft gibt es bestimmte Konflikte, die mit Gewalt ausgetragen werden müssen.	17	17	18	8	6
Aufgabe der politischen Opposition ist es nicht, die Regierung zu kritisieren, sondern sie in ihrer Arbeit zu unterstützen.	28	45	25	21	18
Jeder Bürger hat das Recht, notfalls für seine Überzeugungen auf die Straße zu gehen.	95	-	94	93	92

1) Skala von -3 bis +3; jeweils zusammengefaßte Kategorien +1 bis +3 "Zustimmung".
Quelle für 1968: Wildermann/Kaase 1968; für 1975: Does 1976; für 1979: Bürklin 1980; für 1983: Konstanzer Projekt Studiensituation WS 1982/83, Fr. 93; für 1985: Konstanzer Projekt Studiensituation WS 1984/85, Fr. 100.

oder demokratischen Systems zum Ziel hat, noch sollen dadurch sozialistische Positionen zum Tragen gebracht werden. Für die überwiegende Mehrheit sind dies vielmehr eigenständige, für sie herausragende Ziele der Lebens- und Zukunftssicherung.

Bei der Betrachtung nach Fächergruppen wird sichtbar, daß die politische Meinungsbildung und Richtungspräferenz eher durch Dissens gekennzeichnet ist als durch Homogenität und Konsens. Vor allem die Sozialwissenschaftler auf der einen Seite und die Juristen und Wirtschaftswissenschaftler auf der anderen Seite stehen sich wie „feindliche Brüder“ gegenüber.

In den letzten Jahrzehnten hat die Frage nach den demokratischen Überzeugungen und Einstellungen der Studenten immer wieder erhebliche Aufmerksamkeit gefunden. Einerseits werden sie als „sattelfeste Demokraten“ (Institut für Demoskopie 1967, S. 26), oder als die „mit Abstand am demokratischsten eingestellte Population“ (Kaase 1971, S. 167) gelobt. Andererseits wird ihnen aber auch vorgeworfen, ihre demokratischen Einstellungen seien brüchig und widersprüchlich und sie hätten sich von den Grundlagen westlichen Demokratieverständnisses wegentwickelt (Institut für Demoskopie, 1979). Aufschlußreich erscheint daher ein zeitlicher Vergleich über eine Reihe von Studentenuntersuchungen seit 1968 und dieser Studie aus dem Wintersemester 1984/85.

Vergleicht man Untersuchungen zum Demokratieverständnis der Studierenden, dann ist solcher Zeitreihe zu entnehmen, daß Aussagen, die dem demokratischen Grundverständnis widersprechen, immer weniger Zustimmung finden. Das bedeutet alles in allem eine Zunahme demokratischer Werteinstellungen in der Studentenschaft (vgl. Tabelle 3).

Der Großteil der Studierenden kann aufgrund seiner Einstellungen und Haltungen entweder als „vehemente“ oder als „eindeutige“ Demokraten bezeichnet werden (jeweils über ein Drittel); der Anteil tendenzieller Anti-Demokraten nach unserem Demokratieverständnis liegt unter zehn Prozent. Die demokratischen Grundeinstellungen haben sich in den letzten Jahren eher gefestigt und werden weithin und eindeutig geteilt.

Die Verbreitung demokratischer Grundeinstellungen besagt freilich nicht, daß die Studierenden die demokratischen Verhältnisse in der Bundesrepublik ohne weiteres akzeptieren. Vielmehr führt das hohe ideelle Anspruchsniveau bei vielen zu einer kritischen Distanz.

Zwischen den demokratischen Überzeugungen und dem politischen Standort der Studenten bestehen deutliche Zusammenhänge. Linke und eher Rechte sind sich am ehesten in der grundsätzlichen Befürwortung der Meinungsfreiheit und in der Ablehnung der gewaltsamen Austragung von Konflikten einig. Studierende, die sich als eher rechts einstufen, stehen aber den Interessenauseinandersetzungen und der oppositionellen Funktion deutlich skeptischer gegenüber. Am stärksten ist die Differenz, wenn zwischen öffentlicher Ruhe und Ordnung einerseits, und dem Recht auf Streiks und Demonstrationen andererseits abzuwägen ist. Rechtsstehende Studenten plädieren überwiegend für Ruhe und Ordnung, die linken Studenten rücken eindeutig Streiks und Demonstrationen in den Vordergrund. Während linke Studenten sich demnach häufig als kritisch-militante Demokraten geben, erweisen sich die rechteren Studenten eher als konventionell-integrative Demokraten.

Das Verhältnis zwischen diesen beiden Gruppen von Demokraten ist durch ein untergründiges Mißtrauen gekennzeichnet. Das kann soweit gehen, daß gegenseitig die Ernsthaftigkeit demokratischer Überzeugungen in Frage gestellt wird, etwa in dem Sinne, daß der Zusammenhang von „links“ und „demokratisch“ bezweifelt wird. Dieses Beziehungsmuster tritt im Verhältnis der Studierenden untereinander auf, aber es belastet auch das Verhältnis der eher kritischen Studentenschaft zu weiten Teilen der eher konventionellen Öffentlichkeit und ihrer Repräsentanten.

9. Aufgaben der studentischen Vertretungen und Vorstellungen zur Weiterentwicklung der Hochschulen

An den Wahlen zu den studentischen Vertretungen beteiligt sich an den Hochschulen der Bundesrepublik in der Regel nicht viel mehr als ein Viertel der Studentenschaft, an manchen Hochschulen noch weniger. Gleichwohl werden studentische Positionen vornehmlich durch die gewählten Vertretungen artikuliert. Deshalb ist von Interesse, inwieweit die Studentenschaft sich in ihren hochschulpolitischen Ansichten, Interessen und Meinungen durch die jeweilige Studentenvertretung an der eigenen Hochschule repräsentiert sieht.

Das Ausmaß von Übereinstimmung, Distanzierung und auch Desinteresse bezüglich der jeweiligen Studentenvertretung ist im Vergleich der Hochschularten recht ähnlich. Rund ein Drittel der Studierenden an beiden Hochschularten kann nicht beurteilen, inwieweit die eigenen Ansichten mit denen der gewählten Vertretung übereinstimmen — was damit korrespondiert, daß das Interesse für studentenpolitische Angelegenheiten nicht sehr intensiv ist; das mag auch mit einer gewissen Unübersichtlichkeit der Positionen zusammenhängen. Nur jeweils sieben Prozent der Befragten an Universitäten und Fachhochschulen befinden sich in ihren Absichten in voller Übereinstimmung mit ihrer studentischen Vertretung, mittlere Übereinstimmung signalisiert ein Drittel, etwa ein Viertel sieht sich überhaupt nicht repräsentiert.

Für welche Aufgaben sollten sich die studentischen Vertretungen an Ihrer Hochschule vordringlich einsetzen?	Universitäten(7.663)			Fachhochschulen(2.324)		
	gar nicht %	etwas %	stark/ vordringl. %	gar nicht %	etwas %	stark/ vordringl. %
- an Prüfungsbedingungen/Lehrinhalten mitarbeiten	2	16	82	1	14	85
- Studienberatung/Studienhilfe	1	12	87	1	18	81
- soziale Fragen (Kontaktförderung, Wohnungssuche etc.)	2	21	77	2	23	75
- interne Hochschulpolitik/Beeinflussung der Geschehnisse in der Hochschule	3	24	73	2	23	75
- kulturelle Belange (Theater, Konzert etc.)	8	45	47	10	50	40
- Studentenschaft organisieren/politisches Bewußtsein bilden	(17)	45	(38)	(22)	46	(32)
- politische Vertretung nach außen/allgemeinpolitisches Mandat	(25)	45	(30)	(31)	47	(22)

Quelle: Konstanzer Projekt Studiensituation WS 1984/85, Fr. 64.

Je weiter links Studenten ihren Standort auf dem politischen Spektrum einordnen, umso häufiger sympathisieren sie zumindest teilweise mit der Studentenvertretung, je weiter rechts sie sich einordnen, umso häufiger lehnen sie deren hochschulpolitische Positionen völlig ab. Bei linken, mittleren und rechten Studenten bleibt aber allemal ein etwa gleich großer Anteil, der sich nicht dazu äußern kann, inwieweit die eigenen Vorstellungen durch die studentische Vertretung an der jeweiligen Hochschule repräsentiert werden.

Als Aufgabenfeld für die Studentenvertretungen gelten übereinstimmend die Mitarbeit bei der Festlegung von Prüfungsbedingungen und Lehrinhalten, Studienberatung und Studienhilfe, die interne Hochschulpolitik und soziale Fragen wie Kontaktförderung und Wohnungssuche. Drei Viertel oder mehr der Befragten sehen darin wichtige Aufgaben (vgl. Tabelle 4).

Hinsichtlich der politischen Vertretung nach außen (allgemeinpolitisches Mandat) sind demgegenüber die Meinungen geteilt: Einige der Befragten meinen, dafür sollte sich die Studentenvertretung stark oder vordringlich einsetzen (Uni 30 %; FH 22 %); etwa gleich viele meinen, darum sollte sie gar nicht besorgt sein (Uni 25 %; FH 31 %). Ähnlich geteilt ist die Meinung über die Aufgabe „Studentenschaft organisieren/politisches Bewußtsein bilden“. Je mehr die Befragten mit den Ansichten ihrer Studentenvertretung sympathisieren, umso eher werden die politisch akzentuierten Aufgaben als vordringlich und wichtig eingeschätzt.

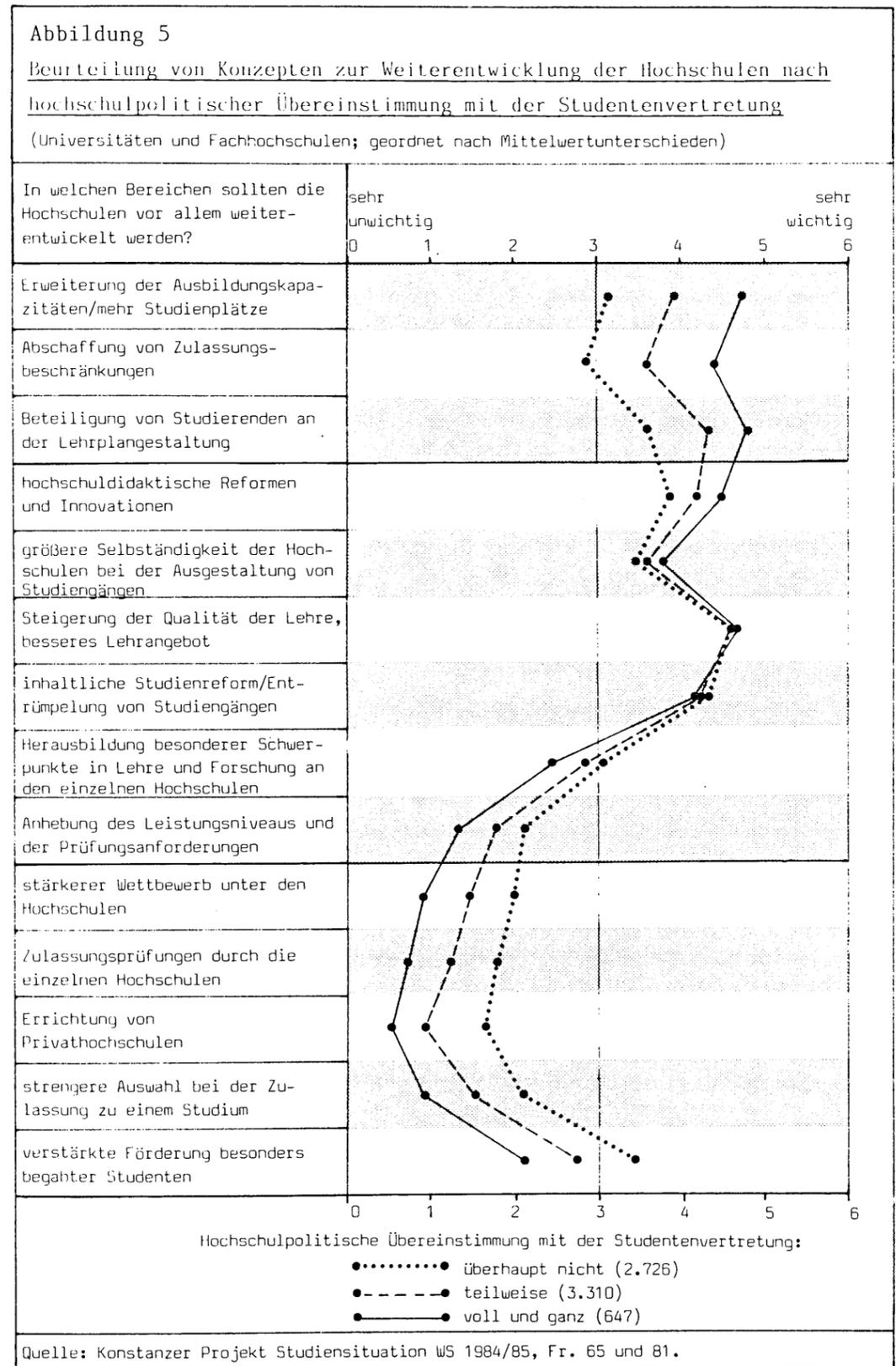
Die Unterstützung des allgemeinpolitischen Mandats variiert ganz erheblich mit dem politischen Standort. Es wird von linken Studenten wesentlich häufiger anvisiert als von Studenten, die sich in der Mitte oder rechts einordnen. Von den Rechten sind 12 Prozent, in der Mitte 20 Prozent und von den Linken 50 Prozent Anhänger des politischen Mandats der Studentenschaft. Und noch mehr ist es eine Forderung derer, die darüber hinaus sich in ihren Ansichten durch ihre studentische Vertretung voll repräsentiert sehen: von ihnen unterstützen 65 Prozent das allgemeinpolitische Mandat.

In den Stellungnahmen der Befragten zu hochschulpolitischen Konzepten und Entwicklungen steht der Bereich der Lehre und Didaktik im Vordergrund: Qualität der Lehre, inhaltliche Studienreform, hochschuldidaktische Reformen und Innovationen sowie Beteiligung der Studierenden an der Lehrplangestaltung sind für die große Mehrheit der Studierenden Aspekte, in denen die Hochschulen vor allem weiterentwickelt werden sollten (vgl. Abbildung 5).

Umgekehrt erscheinen manche Aspekte, die in der hochschulpolitischen Diskussion eine Rolle spielen, den Studierenden nahezu einhellig für die Weiterentwicklung des Hochschulbereichs unwichtig. Dazu gehören die Errichtung von Privathochschulen ebenso wie stärkerer Wettbewerb unter den Hochschulen und Vorhaben, die zu Beschränkungen des Hochschulzugangs führen würden (Zulassungsprüfungen, strengere Auswahl bei der Zulassung, Anhebung des Leistungsniveaus). Solche Neuerungen würden nur bei wenigen Studenten auf Resonanz stoßen.

Schließlich gibt es eine Reihe von Aspekten, zu denen die Meinungen geteilt sind; dies gilt beispielsweise für eine verstärkte Förderung begabter Studenten und für hochschulspezifische Schwerpunktsetzungen in Forschung und Lehre, was beides von den Studierenden etwa gleich häufig als wichtig oder unwichtig für die Weiterentwicklung der Hochschulen eingestuft wird.

Studierende an Universitäten und Fachhochschulen urteilen sehr ähnlich über solche hochschulpolitischen Tendenzen. Hingegen sind charakteristische Abweichungen erkennbar, wenn man die Studierenden nach ihrem politischen Standort oder ihrer Übereinstimmung mit den hochschulpolitischen Positionen der studentischen Vertretungen ihrer Hochschulen unterscheidet. Den Linken ist die weitgehende Öffnung der Hochschulen und eine größere Beteiligung an der Lehrplangestaltung noch wichtiger, Restriktionen und „elitäre“ Tendenzen lehnen



sie entschiedener ab als Studierende, die sich eher „mitte-rechts“ einordnen und sich in ihren Ansichten teilweise oder gar nicht mit den studentischen Vertretungen an ihrer Hochschule in Übereinstimmung befinden (vgl. Abbildung 5).

Die 1983 eingeführten BAföG-Neuregelungen (Umstellung auf Volldarlehen, Teilerlaß für die Besten und Schnellsten) sind bei den Studenten vornehmlich auf Ablehnung gestoßen. Die Hälfte bis zu zwei Drittel lehnen die Neuerungen ab, wobei die Ablehnung bei vielen kompromißlos eindeutig in der Extremkategorie plazierte wird. Befragte, die selbst betroffen sind, weil sie ihr Studium teilweise oder gänzlich durch BAföG finanzieren, lehnen die neuen Regelungen noch etwas entschiedener ab, aber sie finden insgesamt starken Rückhalt und Sympathie bei ihren nicht-betroffenen Kommilitonen.

Im Umfeld der studentischen Vertretungen werden die BAföG-Änderungen mit besonderer Schärfe abgelehnt, wohingegen die von den Vertretungen distanzieren, mitte-rechts orientierten Studenten eher geteilter Meinung sind; wo es allerdings um die finanzielle Belohnung der Examensbesten geht, die ohnehin die beste Ausgangsposition beim Start ins Berufsleben haben, da tendiert selbst dieser Teil der Studentenschaft zur mehrheitlichen Ablehnung.

Diese Haltungen zu hochschulpolitischen Entwicklungen illustrieren nochmals, daß die studentischen Vertretungen ganz überwiegend von Studenten getragen werden, die sich im politischen Spektrum links verorten. Doch stehen sie mit ihrem Urteil zu sachlichen Fragen und Entwicklungen im Hochschulbereich der übrigen Studentenschaft keineswegs diametral gegenüber; auch Studierende, die ihren studentischen Vertretungen distanzieren gegenüberstehen, haben keine grundsätzlich anderen Vorstellungen zur Weiterentwicklung der Hochschulen, eher ist es so, daß Zustimmung und Ablehnung von den Sympathisanten der studentischen Vertretungen (und diesen selbst) nur stärker akzentuiert werden.

10. Alternative Orientierungen: die gespaltene Studentenschaft

Die Forderung nach „mehr Demokratie“, nach der „Demokratisierung aller Lebensbereiche“ war wohl Basis und Kern der Studentenbewegung in den späten 60er Jahren. Das drückte sich aus in Anti-Establishment-Parolen, in antiautoritären Haltungen sowie radikal-sozialistischen Forderungen bis hin zum Anspruch auf Drittel-Parität an den Hochschulen. Insofern waren es primär politische Perspektiven, über die sich damals das Selbstverständnis und die Aktivitäten entfalten — als Weckung des „politischen Bewußtseins“ und als „Politisierung“ wurde es deklariert. Nicht umsonst war in dieser Phase „studentische Politik“ ein identitätsstiftendes Markenzeichen für viele.

Von solch studentischer Politik sind die Studierenden längst wieder abgerückt. Und nicht mehr „progressiv“ dient als Schlüsselwort; es ist durch „alternativ“ ersetzt worden. Diese Veränderung von „progressiver Politik für mehr Demokratie“ zur „Alternative des anders Leben und Arbeiten“ umreißt vielleicht am ehesten die Entwicklung in der Studentenschaft; ohne daß damit unterstellt werden soll, daß alle diese Bewegung mittragen oder von ihr mitgetragen werden.

Bei aller Buntheit und Vielfalt dessen, was unter „alternativ“ verstanden wird, sind einige grundlegende Linien erkennbar. Sie halten das, was sich anscheinend lose unter dem Konzept „alternativ“ versammelt, überraschend durchgehend und fest zusammen. Eine Grundlinie hat Conti, der sich mit den verschiedenen alternativen Bewegungen in Deutschland von 1890 bis heute befaßt hat, folgendermaßen kurz umrissen: „Der alternative Mensch definiert sich zu einem guten Teil über die Negation“ (1984, S. 182). Inhaltlich ergänzen dies Krause, Lehnert und Scherer, die im Rahmen einer größeren Studentenuntersuchung 1980 ausführlich auf die „Alternativkultur“ eingegangen sind, indem sie festhalten, welche Elemente alternative Mentalitäten kennzeichnen: die Betonung der Entfaltung der eigenen Persönlichkeit und der Wunsch nach persönlicher Selbstverwirklichung; der Traum vom Ausstieg aus den gesellschaftlichen Zwängen bei sinkendem Stellenwert der Erwerbsarbeit; verbunden mit einer relativen Gering-schätzung materiellen Wohlergehens und sozialer Sicherheit, wachsender Sensibilität für die Themen der Friedens-, Ökologie- und Frauenbewegung, sowie dem Zerfall des gesellschaftlich-technischen Fortschrittsglaubens (1980, S. 193).

Das Thema alternativer oder konventioneller Orientierung besitzt für die Studenten eine trennende Sprengkraft. Allerdings sind zwei Einschränkungen zu beachten: Der Grundwert der Selbstverwirklichung wird von nahezu allen geteilt; fast jeder Student hat — ganz in bildungs-humanistisch-idealistischer Tradition — die Entfaltung seiner Persönlichkeit als Ziel; dies heißt aber nicht unbedingt, daß es im alternativen Rahmen geschehen soll. Auch das kritische politische Potential, das Mißtrauen etwa gegen die etablierten Parteien und die vorherrschenden politischen Ziele, darf nicht ohne weiteres den „Alternativen“ subsumiert werden, denn es umfaßt größere Teile der Studentenschaft, ohne daß sie deshalb mehrheitlich die „grün/alternative“ Richtung politisch unterstützen.

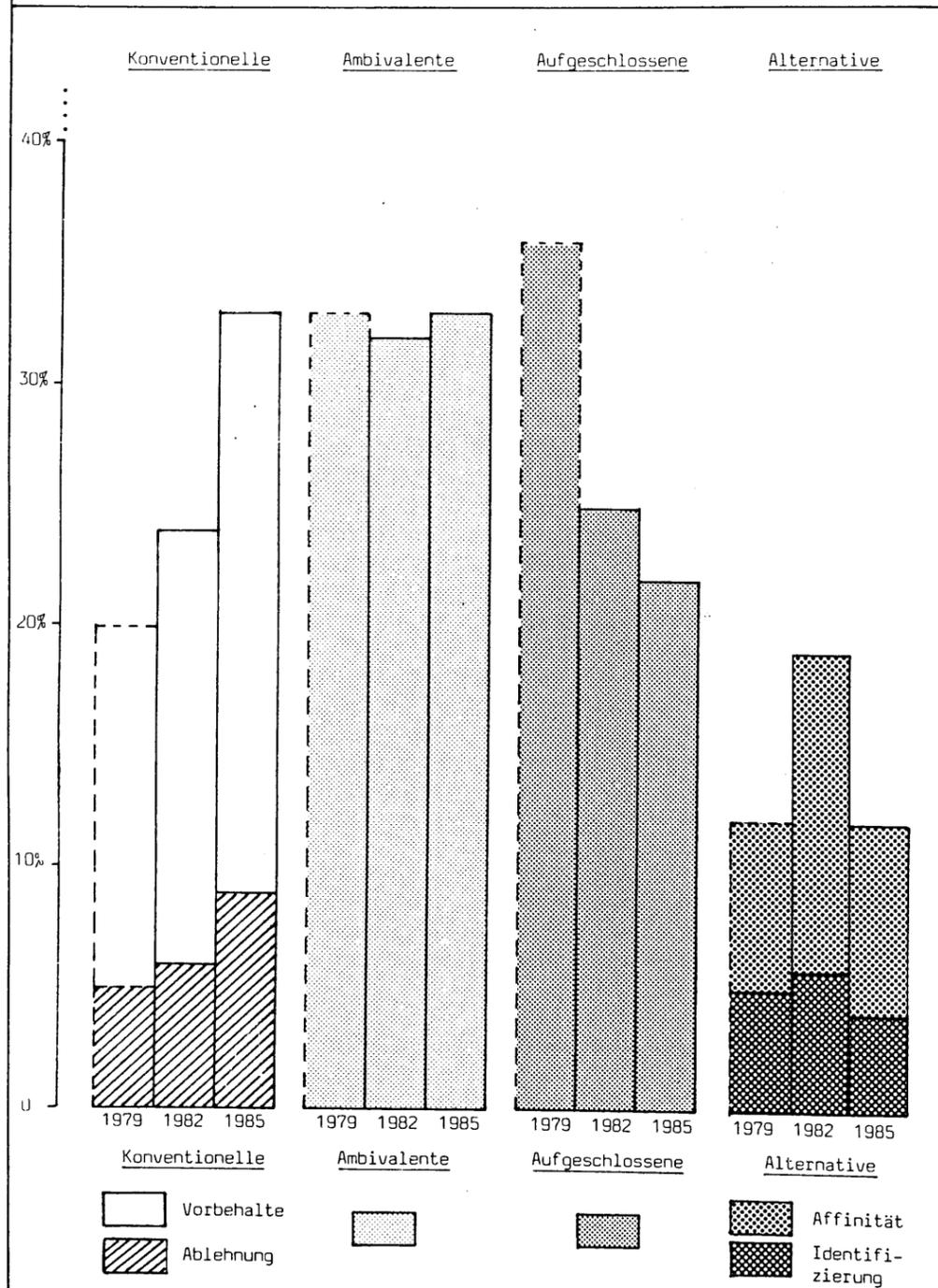
Die weitergehenden, individuell konsequenzenreicheren Alternativen anderer Lebens- und Arbeitsformen mit der Absage an traditionelle Leistungsnormen wie materiellen Wohlstand sind jedoch in der Studentenschaft umstritten — und bei nicht wenigen herrscht Meinungsunsicherheit vor.

Idealistisch-alternative Orientierungen finden demnach bei den Studierenden insgesamt gesehen eine große Resonanz und Aufgeschlossenheit. Die praktischen Geltungschancen von alternativen Werten und Lebensformen sind jedoch nicht allzu hoch zu veranschlagen. Etwa drei Viertel der Studierenden würden eine Transformation von Politik, Arbeit und Leben im Sinne der Alternativen nicht mitmachen, sondern nur partielle Humanisierungen, Demokratisierungen und sozial-ökologische Reformen mittragen.

Abbildung 6

Entwicklung der Haltung gegenüber alternativen Orientierungen
zwischen 1979 und 1985

(Nur Universitäten)



Quelle: Für 1979 vgl. Krause et al., 1980, S. 200-203; für 1982/83 und 1984/85 Konstanzer Projekt Studiensituation, Fr. 97 bzw. Fr. 104.

Nach ihrer Haltung gegenüber alternativen Wertüberzeugungen und Lebensformen lassen sich die Studenten in vier Gruppen unterteilen, wobei sich Universitäts- und Fachhochschulstudenten nur unwesentlich unterscheiden:

- Als Träger alternativer Wertmuster kann jeder achte Studierende bezeichnet werden;
- zu den Aufgeschlossenen mit zwar überwiegender, aber nicht enthusiastischer Zustimmung, zählt etwa ein Fünftel;
- bei einem Drittel handelt es sich um Neutral-Ambivalente mit uneinheitlichen oder überwiegend unentschiedenen Stellungnahmen;
- ein weiteres Drittel läßt sich als konventionell bezeichnen, weil es alternative Orientierungen strikt ablehnt oder überwiegend Vorbehalte hat.

Zwischen 1983 und 1985 ist unter den Studenten ein deutlicher Rückgang alternativer Orientierungen eingetreten; demgegenüber haben vor allem die Konventionellen zugenommen (vgl. Abbildung 6). Die Verringerung alternativer Orientierungen korrespondiert mit der ähnlich starken Abnahme skeptischer Einstellungen gegenüber der Technik.

An den Universitäten ist in den Sozialwissenschaften, an Fachhochschulen im Fach Sozialwesen die alternative Mentalität am weitesten verbreitet: Dem Viertel Alternativer und dem Drittel Aufgeschlossener stehen hier mit nur zwölf Prozent recht wenig Konventionelle gegenüber. Fast umgekehrt liegen die Verhältnisse in den Fächergruppen Jura und Wirtschaftswissenschaften. Die vorhandene kulturelle Kluft verläuft somit nicht zwischen Geistes- und Naturwissenschaften, sondern zwischen Sozial- und Geisteswissenschaften auf der einen Seite und den Juristen und Wirtschaftswissenschaftlern auf der anderen Seite. Die Unterschiede sind deshalb so bedeutsam, weil sie mit außerordentlich divergenten gesellschaftspolitischen Ausrichtungen einhergehen.

Das politische Interesse ist bei den Alternativen in hohem Maße vorhanden, nicht nur für die allgemeine Politik, sondern bei ihnen stärker als bei anderen Studierenden auch hinsichtlich anderer Politikfelder wie Gemeinde oder Hochschule. Dies belegen ebenfalls die Indikatoren für die politische Beteiligung: Sowohl in ihren konventionellen Formen (z. B. Wahlbeteiligung, Gespräche), erst recht in ihren unkonventionellen Formen (z. B. Unterschriftensammlung, Bürgerinitiative). Von Apathie und Resignation im einfachen Sinne kann bei den alternativen Studierenden demnach keine Rede sein.

Je alternativer Studierende sind, desto weiter links ordnen sie ihren politischen Standort ein. Träger alternativer Orientierungen sind nahezu eine Symbiose mit traditionell linken Vorstellungen von Gleichheit und Mitbestimmung, Emanzipation und Partizipation eingegangen. Unter Studenten zumindest ist „politisch links“ und „kulturell alternativ“ (oder „rechts“ und „konventionell“) weitgehend synonym.

Ähnlich groß wie beim politischen Standort und der Haltung gegenüber politischen Grundrichtungen sind die Gegensätze zwischen Konventionellen und Alternativen in vielen anderen Feldern von gesellschaftspolitischer Bedeutung. Hinsichtlich sozialer Ungleichheit, Funktion und Folgen des Wettbewerbs sowie der technischen Entwicklungen herrschen in den Werten und Vorstellungen kaum überbrückbare Gegensätze.

Sowohl Alternative wie Konventionelle haben durchstrukturierte Überzeugungen und stellen sich politisch selbstbewußt und handlungsfähig dar; zudem stehen sie selbst-selektiv in verschiedenen Lebenskreisen. Ihre politischen Ziele, Grundrichtungen und gesellschaftspolitischen Vorstellungen sind durchgängig gegenläufig, und zwar in einem Ausmaß, daß nicht nur von unterschiedlichen Kulturen, sondern von „kontroversen politischen Lagern“ gesprochen werden muß.

Innerhalb des Nachwuchses der „gesellschaftlichen Elite“ besteht ein tiefer Dissens über Werte, politische Ziele sowie gesellschaftliche Ordnungen und Entwicklungen. Und zwar kaum als vorübergehende Erscheinung, sondern als dauerhafter Dualismus zwischen jenen, die sich in den eher formellen Herrschaftspositionen von Wirtschaft, Verwaltung und Technologie wiederfinden werden (wie Juristen, Wirtschaftswissenschaftler und Ingenieure), und jenen, die in den informellen Machtpositionen von Medien, Bildung und Kulturbetrieb zu erwarten sind (wie Geistes- und Sozialwissenschaftler).

Angesichts der Gefahren, die in dieser Gegensätzlichkeit liegen, kommt es darauf an, zwischen diesen „Kulturen“ zu vermitteln (Klages 1984, S. 105). Gerade darin ist gegenwärtig eine wichtige Aufgabe der Bildungseinrichtungen, d. h. von Schulen und Hochschulen, zu sehen.

Literaturverzeichnis

- Bargel, T./G. Framhein/J.-M. Gleich/S. Kammhuber/W. Lenske/H. Peisert: Studiensituation und studentische Orientierungen. Eine empirische Untersuchung im Wintersemester 1982/83. (BMBW, Studien zu Bildung und Wissenschaft 5). Bad Honnef: Bock, 1984.
- Bürklin, W.: Links und/oder demokratisch? Dimensionen studentischen Demokratieverständnisses. Politische Vierteljahresschrift Nr. 21, Heft 3, 1980, S. 220—247.
- Conti, Chr.: Abschied vom Bürgertum. Alternative Bewegungen in Deutschland von 1890 bis heute. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 1984.
- Does, K.-J.: Studenten 1985 — Ergebnisse einer Befragung unter Studenten zu Studium, Beruf, Politik und Hochschule. (Sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung). St. Augustin, 1976.
- Framhein, G.: Alte und neue Universitäten. Einzugsbereiche und Ortswahl der Studenten, Motive und Verhalten. (BMBW, Schriftenreihe Hochschule 44). Bad Honnef: Bock, 1983.
- Hitpaß, J./J. Trosien: Leistungsbeurteilung in Hochschulabschlußprüfungen innerhalb von drei Jahrzehnten. Wandel von Prüfungsergebnis und Prüfungserlebnis an deutschen Universitäten. (BMBW: Studien zu Bildung und Wissenschaft 45). Bad Honnef: Bock, 1987.
- Hegelheimer, A.: Strukturwandel der Akademikerbeschäftigung. Vergangenheitsentwicklung und Zukunftsperspektiven. (Forschungsberichte zur Bildungsplanung und Bildungsökonomie). Bielefeld, 1984.
- Huber, L.: Studiensituation heute und Wandel der Studentenrolle. (IZHD, Universität Hamburg, Hochschuldidaktische Stichworte 19). Hamburg, 1985.
- Institut für Demoskopie Allensbach (IfD): Der deutsche Student. Eine Umfrage im Auftrag des Spiegels. Allensbach, 1967.
- Institut für Demoskopie Allensbach (IfD): Dokumentation einer Studentenumfrage 1978. Allensbach, 1979.
- Kaase, M.: Demokratische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland. In: Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik, Band II. München: Olzog, 1971, S. 119—326.
- Klages, H.: Die Jugend im gesellschaftlichen Wertwandel. In: Rabe, H. (Hg.): Jugend. Beiträge zum Verständnis und zur Bewertung des Jugendproblems. Konstanz, 1984.
- Kluge, N./A. Neusel/U. Teichler: Beispiele praxisorientierten Studiums. (BMBW Werkstattberichte 35). Bonn: BMBW, 1981.
- Krause, C./D. Lehnert/K.-J. Scherer: Zwischen Revolution und Resignation? Alternativkultur, politische Grundströmungen und Hochschulaktivitäten in der Studentenschaft. Bonn: Neue Gesellschaft, 1980.
- OECD: Policies for Higher Education in the 1980s. Paris, 1983.
- Schelsky, H.: Einsamkeit und Freiheit. Idee und Gestalt der deutschen Universität und ihrer Reformen. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 1963.

Schnitzer, K./W. Isserstedt/M. Leszczensky: Das soziale Bild der Studentenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. 11. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes. (BMBW, Studien zu Bildung und Wissenschaft 42). Bad Honnef: Bock, 1986.

Stegmann, H.: Abiturient und Studium: Bestimmungsfaktoren für die Studienaufnahme und die Wahl des Studienganges. MittAB 4/1980, S. 531—542.

Wildenmann, R./M. Kaase: Die unruhige Generation. (Lehrstuhl für politische Wissenschaften Universität Mannheim). Mannheim, 1968.

Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Struktur des Studiums. Köln, 1986.